

A photograph showing the lower halves of several people in traditional Bavarian clothing, including dirndls and lederhosen, dancing. The scene is split vertically down the middle, with the left side in grayscale and the right side in full color.

Bayern. Aber sicher!

Wahlprogramm Landtagswahl Bayern 2018



Inhaltsverzeichnis

Präambel

Bayern – die Macht des Volkes

2.2.2	Transparenz für Moscheen - keine Finanzierung aus dem Ausland	20
2.2.3	Keine Vollverschleierung in der Öffentlichkeit - kein Kopftuch im öffentlichen Dienst	20
2.2.4	Verbot von Polygamie und Zwangsheirat	20
2.2.5	das Kindeswohl: keine Beschneidung ohne medizinische Indikation	21
2.3	Keine Verschärfung des Waffenrechts	22
2.4	Wiedereinführung der Bayerischen Grenzpolizei	23
2.5	Für mehr Sicherheit und effektive Verbrechensbekämpfung – Bayerns Polizei und Justiz stärken!	25
2.5.1	Konsequentes Vorgehen gegen linke Krawallmacher, Clans und No-go-Areas	26
2.5.2	Aufklärung und harte Hand statt falscher Toleranz	26
2.6	Staatliche Neutralität stärken	27
2.7	Bürgerliche Freiheiten sichern	27
2.7.1	Gegen flächendeckende Videoüberwachung	27
2.7.2	Rückkehr zum alten bayerischen Polizeiaufgabengesetz	28
2.7.3	Bußgeld-Terror stoppen	28
3 Ende der „Herrschaft des Unrechts“		29
3.1	Illegale Grenzübertreitte verhindern	30
3.2	Enge Zusammenarbeit mit Bayerns Nachbarländern	30
3.3	Verhinderung ausländischer Einflussnahme und Radikalisierungsprävention	31
3.4	Folgen der Migrationskrise korrigieren	32
3.5	Bundeswehrstandorte in Bayern erhalten	32
3.6	Allgemeine Dienstpflicht	33
4 Starke Finanzen für Bayern - Freiheit für Bayern		34
4.1	Starke Finanzen für Bayern	35
4.2	Schuldenfreies Bayern bereits 2028	35
4.3	Kein europäischer Haftungsverbund mit bayerischen	

4.4	Banken, Mittelstandsfinanzierung stärken Recht auf Bargeld	35	6.2.6	Höhere Wertschätzung von Ausbildungsberufen - Stärkung der dualen Ausbildung		
4.5	Bayerisches Geld für bayerische Aufgaben - kein Finanzausgleich bei Rechtsbruch	36	6.2.7	Wir wollen das Abitur wieder zum Ausweis der Studierfähigkeit machen	51	
4.6	Verschwendug von Steuergeldern bestrafen	37				51
4.7	Bürokratieabbau – Schluss mit dem Regulierungswahn!	38	6.3	Einheit und Freiheit von Lehre und Forschung	52	
4.8	Abschaffung der Zwangsmitgliedschaften für Kleinbetriebe und Mittelstand	38	6.4	Beamtenstatus bei Lehrkräften abschaffen	53	
4.9	Abschaffung der Erbschaftsteuer	39	6.5	Vermeidung von Unterrichtsausfall	53	
4.10	Transparenz durch doppelte Buchführung	39	6.6	Wettbewerb im Bildungssystem	53	
5 Schutz der Familie		40	7 Umwelt, Landwirtschaft und Verbraucherschutz		54	
5.1	Ungeborene Kinder haben ein Recht auf Leben	41	7.1	Keine Enteignung zulasten der Landwirtschaft	55	
5.2	Echte Wahlfreiheit bei der Kinderbetreuung ermöglichen	42	7.2	Nachhaltigkeit für die forstwirtschaftliche Zielsetzung	56	
5.3	Finanzielle Sicherheit auch mit Kindern!	42	7.2.1	Weniger Brüssel – mehr Bayern – NERC	56	
6 Leistungsorientiertes differenziertes Bildungssystem		44	7.2.2	Effektiver Naturschutz – biologische Vielfalt erhalten, biologische Vielfalt gestalten	57	
6.1	Kultur und Identität	44	7.3	Tierwohl ist Verbraucherschutz	57	
6.1.1	Die deutsche Sprache schützen und fördern	45	7.3.1	Verbot des betäubunglosen Schlachtens	58	
6.1.2	Wertschätzung und Pflege unserer kulturellen Wurzeln	45	7.3.2	Wölfe, Biber, Kormorane, Landwirte, Teichwirte, Weidetiere	58	
6.2	Schulen und Hochschulen als Orte der Bildung und des Wissenserwerbs	46	7.4	Ernährungslehre an Bildungseinrichtungen mit Schwerpunkt gesunde Ernährung	58	
6.2.1	Die AfD fordert die Beibehaltung und den Ausbau des viergliedrigen Schulsystems	46	7.5	Interessenausgleich und Fairness gegenüber den Landwirten	59	
6.2.2	Wir sprechen uns gegen eine verpflichtende Ganztagsesschule aus	48	7.5.1	Freier Tausch und Handel mit Saatgut alter Sorten	59	
6.2.3	Ideologisch motivierte Inklusion beenden	49	7.5.2	Weiterer Bestandsschutz der Anbindehaltung in Milchviehhöfen	59	
6.2.4	Die AfD steht für eine altersgemäße Sexualerziehung ohne Gender-Ideologie	49	7.6	Tierschutz statt Aktionismus – Jagd stärken	60	
6.2.5	Ausbau des Schulsports und Stärkung der Sportvereine	50	7.7	Größere Artenvielfalt bei Energiepflanzen	60	
		51	7.8	Artenvielfalt statt Nationalpark	60	
			8 Gesundheitspolitik für Bayern		61	
			8.1	Krankenhäuser der Grund- und Regelversorgung erhalten	62	

8.2	Ambulante Versorgung auf dem Land sicherstellen	62	10 Hightech-Land Bayern	70
8.3	Zulassung für ausländische Ärzte durch gleichwertigen Sprach- und Fachkundenachweis regeln	62	10.1 Unser Wohlstand basiert auf Technologie und hochwertigen innovativen Produkten	71
8.4	Korruption im Gesundheitswesen bekämpfen und Lobbyismus transparent machen	63	10.2 Bayerisches Geld für bayerische Innovationen	71
8.5	Vergütung für pflegende Angehörige adäquat anpassen	63	10.3 Industrie 4.0 ist Chance, nicht Risiko	72
8.6	Pflege in Krankenhäusern und Seniorenheimen signifikant verbessern	64	10.4 Wir haben eine Vision für Bayern 4.0	72
8.7	Palliativmedizin ausbauen	64	10.5 Breitbandausbau – nicht reden, sondern Gigabit	73
8.8	Das Berufsbild des Heilpraktikers erhalten und mehr Selbstbestimmung bei der Therapiewahl ermöglichen	64	10.6 E-Government – raus aus der Papierzeit	73
8.9	Freie und unabhängige staatliche Gesundheitsforschung in allen Bereichen fördern	65	10.7 Beim Datenschutz nicht auf andere warten – selbst machen	73
8.10	Rechtsanspruch „REHA vor PFLEGE“ abschaffen	65		
8.11	Anschluss-Heilbehandlung ohne Fristen ermöglichen	65		
8.12	Risiken des neuen Mobilfunkstandards 5G vor seinem flächendeckenden Ausbau wissenschaftlich neutral untersuchen	66		
8.13	Arbeits- und Ruhezeiten für medizinisches Personal (Opt-out) bei zusätzlichen Bereitschaftsdiensten (z. B. in der Notaufnahme) besser regeln	66		
9 Energiepolitik für Bayern		67	11 Gutes Leben in unserer Heimat Bayern	74
9.1	Hohe Kosten für wenig Energie aus Wind und Sonne	68	11.1 Gleichwertige Lebensbedingungen in ganz Bayern	75
9.2	Netzstabilität? Milliardenkosten durch Wind und Sonnenenergie!	68	11.1.1 Eine lebenswerte Stadt schaffen, die Heimat ist	75
9.3	Vorrangeneinspeisung und willkürliche Subventionen verhindern Investitionen	68	11.1.2 Dorfländer bei Abgaben und Bürokratie entlasten, Landgaststätten erhalten	75
9.4	Energie-Marktwirtschaft statt Strom-Planwirtschaft	69	11.1.3 Kindergärten und Grundschulen in den Gemeinden erhalten	76
			11.1.4 Gleichrangige medizinische Versorgung – schnell erreichbar auf dem Land	76
			11.1.5 Wasser darf nicht privatisiert werden! Straßenausbaubeuräge endlich abschaffen!	76
			11.2 Heimat im Gleichgewicht – wir gestalten die Landwende	76
			11.2.1 Unsere Heimat ist schön – Heimat ist keine Provinz	77
			11.2.2 Starke Kommunen sind eigenständige Kommunen	77
			11.2.3 Gutes Leben auf dem Land	77
			11.2.4 Heimat ist Region – Region in Aktion	78
			11.2.5 Stärkung des Vereinslebens und des Brauchtums	78
			11.3 Förderung der bayerischen Gastronomie	78
			11.3.1 Ermäßigte Umsatzsteuer	79
			11.3.2 Ausbildungsnachweis	79
			11.3.3 Bürokratie abbauen	79
			11.4 Tourismus braucht Heimat	80

12 Bayerns Mittelstand - Rückgrat unseres Wohlstands	81	
12.1 Bedeutung des Mittelstands für Bayern und Gefährdung durch überbordende Bürokratie	82	
12.2 Unser Ziel: Selbstständige, Familienbetriebe sowie kleine und mittlere Unternehmen stärken	82	
12.3 Auswirkungen des demographischen Wandels sowie fehlter Bildungs- und Migrationspolitik auf bayerische Unternehmen	83	
12.4 Faire Behandlung von Kleinen gegenüber Großen	84	
12.4.1 Schlanke Staat und weniger Bürokratie sichern unsere Zukunft	84	
12.4.2 Willkürliche CO2-Grenzwerte zerstören Technologie und Wohlstand	84	
12.5 Mut zur Selbstständigkeit statt Anstachelung zu sinnfreiem Klassenkampf	85	
13 Verkehrssteuerung mit gesundem Menschenverstand	87	
13.1 Lernen von den Besten – Transitverkehrslenkung auf die Schiene nach schweizerischem und österreichischem Modell	88	
13.2 Straßennutzungsgebühren – Kosten und Ursachen müssen zueinander passen	89	
13.3 Diesel ist Super	89	
13.4 Der Elektroantrieb wird von der Politik schöngeredet schöngerechnet	u n d 89	
13.5 Autonomes Fahren – Weltmarktführer Bayern, wenn wir jetzt handeln	90	
13.6 Förderung der Lebensverhältnisse im ländlichen Raum	90	
13.7 Ganz Bayern wieder verbinden: Stadt und Land, Hand in Hand	91	
13.8 Vernetzung der bayerischen Flughäfen	91	
14 BayernWohnraum und Wohnen in Bayern	92	
14.1 BayernWohnraum – ein guter Weg für bayerische Bürger ins Wohneigentum	93	
14.2 Günstiger Wohnraum für Familien auf dem Land – Eigentum verbindet	94	
14.3 Unser Bau-Start-Kindergeld	95	
14.4 Gerechtigkeit beim Zugang zu sozialem Wohnraum wiederherstellen	95	
14.5 Bayerisches Baurecht vereinfachen, EnEV-Vorgaben reduzieren, Baukosten senken	95	
14.6 Genossenschaften und Sozialgenossenschaften sind ein guter Ansatz, die sozialen Bedürfnisse der Menschen in organisierter "Hilfe zur Selbsthilfe" zu lösen	96	
15 Sozialpolitik für Bayern mit Augenmaß	97	
15.1 Eine veränderte Altersstruktur verlangt nach würdevollen alternativen Lebensformen - speziell im Alter	98	
15.2 Die BayernRente – für einen sorgenfreien Lebensabend in Bayern	98	
15.3 Politik für Heimatvertriebene – Politik für Erinnerung, Wahrheit und Gerechtigkeit	98	
15.4 Ehrenamt fördern	99	
15.5 Arbeitsmarktinitiativen und Integration	99	

LIEBE BÜRGERINNEN UND BÜRGER,

die Zukunft unseres Landes kann nur gestalten, wer auch tatsächlich den Mut hat, sich wahrhaftig für die Belange seiner Landsleute einzusetzen. Dies gilt in schwierigen Zeiten noch mehr als in den vergleichsweise ruhigen Phasen des politischen Lebens.

Das bloße Versprechen von notwendigen Änderungen wird Probleme in der Lebenswirklichkeit nicht verändern, sondern nur dafür sorgen, das Vertrauen der Bürger in die Politik nachhaltig zu schädigen. Das ist vor allem dann der Fall, wenn Zusagen vor einer Wahl im Nachhinein nicht eingehalten werden.

VERBUNDENHEIT DURCH TRADITION

Als Bayern blicken wir selbstbewusst und stolz auf unser Land, das in der ganzen Welt geschätzt und bekannt ist für seine soliden Finanzen, seine zauberhaften Landschaften und seine Verlässlichkeit in der Zusammenarbeit mit anderen.

Bayerns traditionsreiche Geschichte und das Bewusstsein um die Einmaligkeit seiner Kultur verbindet seine Bürger miteinander. Sie wirkt als bindendes Element unserer Ge-

meinschaft, das uns eint und dem starken Zusammenhalt unserer Gesellschaft ein Fundament gibt.

Bayern ist Freistaat, Bayern ist Heimat und Bayern ist Lebensart.

Als größtes Flächenland Deutschlands und wirtschaftlich stärkste Region kommt Bayern in Deutschland eine Schlüsselposition zu. Denn niemand sonst auf der Welt als wir in Bayern hat seiner kulturellen Identität mit dem Ausspruch „mia san mia“ einen prägnanteren Kern gegeben, ihn als Leitsatz über Jahrzehnte kultiviert und bis heute bewahrt. Dieser Leitsatz ist Bekenntnis zu einem unerschütterlichen Selbstwertgefühl, das sich auszeichnet durch ein selbstbestimmtes, freies sowie dennoch heimatbezogenes und bodenständiges Leben mit einem Hang zur gemütlich-geselligen Eigensinnigkeit.

Bayern kommt deshalb – durch eben diese besondere Mentalität – die verantwortungsvolle Aufgabe zu, nicht nur Vorreiter im Bereich der Schaffung innovativer Technologien zu sein, sondern auch Impulsgeber für einen gesamtpolitischen Umschwung zu werden.

Doch die Zukunft unseres Landes ist bedroht. Die katast-

rohal verfehlte Euro- Rettungspolitik, die kopflose „Energiewende“ und die völlig verantwortungslose Asyl- und Flüchtlingspolitik durch die ehemals „konservativ“ verortete Bundesregierung bringen mittlerweile auch für Bayern enorme Belastungen mit sich, die sich insbesondere seit 2015 im Bereich des Grenzschutzes gezeigt haben.

Auch die heimische Regionalpartei, die seit Jahrzehnten die Staatsregierung stellt, setzt im Bund und mittlerweile auch „dahoam“ ohne Not das mit um, was sich grüne und rote Ideologen ausgedacht haben. Scheingefechte in den Parlamenten und nicht umgesetzte Wahlversprechen nach den Wahlkämpfen können über diese fatale Allianz der Altparteien nicht mehr hinwegtäuschen.

Die Alternative für Deutschland betrachtet diese Entwicklungen, die mit dem rapiden Verfall unserer Demokratie und unseres Rechtsstaats einhergehen, mit großer Sorge.

Sie wurde im Jahr 2013 als eine Bewegung von Bürgern aus der Mitte der Gesellschaft gegründet, die die Führung unseres Landes nicht länger einer zunehmend überforderten und nicht mehr an den Interessen des Gemeinwohls ausgerichteten politischen Klasse überlassen wollten. Heute präsentiert sich die AfD als die einzige wirkliche Oppo-

sition gegen eine den Bürgern als „alternativlos“ verkaufte Politik der Altparteien, die jegliches Verantwortungsgefühl vermissen lässt.

Nach den beispiellosen Wahlerfolgen bei den 14 vergangenen Landtagswahlen und dem erfolgreichen Einzug in den Bundestag im letzten Jahr ist nun der Punkt gekommen, auch endlich in Bayern eine Zeitenwende einzuläuten. Und das bedeutet, die Identität des Landes sichtbar zu machen und zu stärken, die Freiheit und Sicherheit der Bürger zu gewährleisten, ein selbstbestimmtes Leben sowie die Grundlagen für unseren Wohlstand zu bewahren.

Helpen Sie uns dabei!

Geben Sie uns Ihre Stimme bei der Landtagswahl, denn nur die AfD hält, was andere versprechen. Nur mit Ihnen, den Bürgern, können wir eine Zukunft für unser Land und unsere Kinder gestalten.

The background of the slide features a photograph of the Maximilianeum, a neoclassical building in Munich, Germany. Three flags are flying in front of the building: the Bavarian flag (blue and white), the German national flag (black, red, and gold), and the European Union flag (blue with yellow stars).

KAPITEL 1

Demokratie und Staatsverständnis

Das Wirtschaftswunder in Deutschland hat auch Bayern zu einem jahrzehntelangen sozialen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Erfolg geführt. Die Demokratie als eine der wichtigsten Grundlagen dieses Erfolgs ist jedoch akut bedroht.

Im Parteienstaat Deutschland bildete sich bald eine Klasse von Berufspolitikern heraus, deren vordringliches Interesse nicht dem Gemeinwohl galt, sondern der Festigung ihrer Machtpositionen und ihrem eigenen materiellen Wohlgergehen. Insbesondere in Bayern haben sie sich den Staat zur Beute gemacht. Machtmissbrauch und Korruptions-skandale sind Kennzeichen der Politik der gegenwärtigen Regierungspartei, die seit Jahrzehnten in Bayern die Hebel staatlicher Macht innehalt und die politische Bildung der Bevölkerung monopolisiert und manipuliert.

„Bayern ist Deutscher Meister in Sachen Politikfinanzierung!“, schrieb der renommierte Staats- und Parteienrechtler Hans Herbert von Arnim bereits in seinem 2013 erschienenen Buch „Die Selbstbediener“ über die Demokratiedefizite Bayerns. Den wachsenden Vertrauensverlust des Volkes in die Redlichkeit der Politik und den Rechtsstaat hat in Bayern vor allem die Staatsregierung verschuldet und zu verantworten.

Es ist an der Zeit, das bayerische Volk vor allem im Wege direkter Demokratie wirklich mitbestimmen zu lassen. Eine neue politische Kultur in Bayern ist unser Ziel. Wir wollen Deutschland und Bayern reformieren, um auch unseren Kindern eine Zukunft in Demokratie, Freiheit, Sicherheit und Wohlstand zu ermöglichen. Dazu sind echte Veränderungen nötig. In Staat, Politik, Gesellschaft und Wirtschaft.

Die AfD steht für einen demokratischen Neuanfang.

1.1 DIREKTE DEMOKRATIE

1.1.1 Volksabstimmung nach Schweizer Modell

Volksabstimmungen in Bayern werden durch restriktive Quoren, Bürokratie und Themenausschlüsse, wie z. B. zu haushaltsrelevanten Entscheidungen, stark behindert oder unmöglich gemacht. Dies zeigt, dass die Bayerische Staatsregierung nicht ernsthaft an einer echten Mitwirkung der Bürger interessiert ist.

Die AfD hingegen will uneingeschränkte Volkssouveränität in Bayern herstellen und bürgernahe, anwenderfreund-

liche Volksabstimmungen nach dem Vorbild der Schweiz einführen, auf Bundes-, Landes- sowie kommunaler Ebene.

1.1.2. Abwahlmöglichkeit durch Volksabstimmungen

Volksabstimmungen sollen den Bürgern auch die Abwahl von Amtsträgern der Exekutive ermöglichen, vom Ministerpräsidenten bis zum Bürgermeister.

1.1.3. Klagerecht

Ferner fordern wir ein Klagerecht bei Nichtumsetzung erfolgreicher Bürgerentscheide und anderer Volksabstimmungen.

1.2. Gewaltenteilung

Die Politik mischt sich in Strafverfahren ein, wie z. B. die „Netzpolitik.org“-Affäre und der Fall „Gustl Mollath“ belegen. Staatsanwälte als Teil der Exekutive sind nicht unab-

hängig im Gegensatz zu Richtern, deren Unabhängigkeit im Grundgesetz festgeschrieben ist. Unabhängige Staatsanwälte sind aber heute bereits europäischer Standard und in nahezu allen europäischen Staaten eine Selbstverständlichkeit. Das Weisungsrecht der Justizminister gegenüber Staatsanwälten in Deutschland wollen wir deshalb abschaffen.

Allerdings sind die Justizminister auch die Dienstherren aller Richter und Justizbeamten. Personalauswahl und Beförderungen liegen deshalb in ihrer Hand. Praktisch beherrscht damit die Exekutive auch die Richter. Diese politische Einflussnahme auf die Justiz untergräbt das Vertrauen und die Akzeptanz der Bürger in den Rechtsstaat. Die Demokratie nimmt dadurch Schaden. Aus diesem Grund unterstützen wir den Vorschlag des Deutschen Richterbundes für eine unabhängige Selbstverwaltung der Justiz.

1.2.1. Parteienfilz und Ämterpatronage

Nach Artikel 33 Absatz 2 Grundgesetz hat die Besetzung und Beförderung von Beamten, Richtern und anderen öffentlichen Ämtern nach Eignung, Befähigung und fach-

lichen Leistungen zu erfolgen. Dieses Prinzip der Bestenauslese wurde jedoch durch partei- und machtpolitische Personalauswahl ersetzt. Die AfD will die Parteibuch- und Günstlingswirtschaft beenden und Ämterpatronage unter Strafe stellen.

1.2.2. Lobbyismus und Nebentätigkeiten

Wir fordern ein Lobbyistengesetz für Unternehmer, Abgeordnete und deren Mitarbeiter. Das Gesetz soll mit strengen Regeln und konkreten Sanktionen den Lobbyismus kontrollieren und die Transparenz der Abgeordneten-Nebentätigkeiten herstellen.

1.3. REFORM DES WAHLRECHTS

1.3.1. Halbierung des Landtags

Wir dringen auf eine deutliche Verkleinerung der Parlemente. Trotz der wenig verbliebenen Gesetzgebungskompetenz kommt in Bayern auf 72.000 Einwohner ein Landtagsabgeordneter. Im US-Bundesstaat Kalifornien vertritt ein Abgeordneter 500.000 Einwohner.

1.3.2. Status der Landtagsabgeordneten

Die Väter der Bayerischen Verfassung haben den bayerischen Landtag nie als Vollzeitparlament vorgesehen. Der Artikel 31 der Bayerischen Verfassung sieht entsprechend für die Landtagsabgeordneten lediglich eine Aufwandsentschädigung vor. Seit 1977 jedoch werden bayerische Landtagsabgeordnete vollalimentiert mit Anspruch auf eine maßlose, kostenlose Altersvorsorge. Neben sonstigen Privilegien und Nebeneinkünften beträgt allein die monatliche Vergütung mit steuerfreier Kostenpauschale für Abgeordnete im Maximilianeum aus Steuermitteln derzeit rund 11.420,00 Euro. Das BVerfG hat jedoch bereits mit Urteilen von 1987 und 2000 klargestellt, dass für Landtagsabgeordnete keine Vollalimentation geboten ist.

Die AfD fordert deshalb die Rückkehr zur Aufwandsentschädigung für die Landtagsabgeordneten entsprechend der Bayerischen Verfassung und die Eigenverantwortlichkeit von Landtagsabgeordneten bei ihrer Altersversorgung.

1.3.3. Beschränkung der Amtszeiten

Die Vertreter der politischen Parteien im Landtag haben sich als Staat im Staat eingerichtet und das System zum

Parteienstaat umgebaut. Viele Parlamentarier gehören dem Landtag bereits mehr als 20 Jahre an. Die Personalauswahl erfolgt über die Wahlliste, die nicht selten über Seilschafen in den Parteien bestimmt wird. Diese von der Wiederaufstellung ihrer Parteien abhängigen Berufspolitiker müssen um ihre Existenz fürchten und tragen daher als treue Parteisoldaten zur Monopolisierung der Macht bei. Dieser Missstand entfremdet das Volk zunehmend von den Parteien und damit auch von der Demokratie.

Die AfD fordert deshalb die Beschränkung der Amtszeit des Ministerpräsidenten und der Abgeordneten auf zwei Legislaturperioden.

1.4. Informationsfreiheitsgesetz

Informationsfreiheit gibt jedem Bürger das Recht, Informationen, Dokumente und Daten von Behörden zu erhalten, ohne dies begründen zu müssen. Gegenwärtig ist Bayern Schlusslicht hinsichtlich seiner Transparenz in der Staatsverwaltung. Das 2015 ins Datenschutzgesetz aufgenommene Auskunftsrecht ist vom Wohlwollen der Verwaltung abhängig und völlig unzureichend.

Die AfD fordert ein uneingeschränktes Recht auf Informationen aus der Verwaltung für alle Bürger. Ferner wollen wir die maximale Transparenz des Staates durch eine Veröffentlichungspflicht aller in der Verwaltung anfallenden Daten nach dem Vorbild des Hamburger Transparenzgesetzes.

1.5. Trennung von Staat und Religion

Die Freiheit des religiösen und weltanschaulichen Bekennnisses nach Artikel 4 GG ist unverletzlich. Bekennnislose Bürger jedoch, die gegenwärtig noch vor den Katholiken die größte Bevölkerungsgruppe darstellen, dürfen nicht über ihre Steuern zur Finanzierung von Bekennnisgemeinschaften herangezogen werden. Die Landesregierung Bayerns unterstützt indes seit Jahrzehnten den kirchlichen Lobbyismus zum Nachteil der bekenntnislosen bzw. andersgläubigen Steuerzahler. So finanziert der Freistaat vor allem Ausbildung, Besoldung und Versorgung von Geistlichen der Amtskirchen, obwohl laut Grundgesetz ein sogenanntes Ablösungsgebot für diese Staatsleistungen besteht. Mit der „Änderung des Gesetzes über die Bezüge der Erzbischöfe, Bischöfe und Mitglieder der Domkapitel

sowie über die Zuschüsse zum Personalaufwand des Landeskirchenrates“ hat Bayern Ende 2012 die Leistungen an Geistliche beider Konfessionen auch noch großzügig neu geregelt.

Diese staatliche Dotierung der Geistlichen ist damit Ausdruck und Zeugnis ihrer engen Verbindung mit der Regierung. Dieser Umstand befremdet, zumal sich die Kirchenmitglieder an der Basis gleichzeitig über die wachsende Distanz der Kirche zu ihren Anhängern beklagen, welche zunehmend selbst eigenverantwortlich mitgestalten wollen. Dieser Umstand wird unterstrichen durch die stark rückläufigen Mitgliedszahlen in den Kirchengemeinschaften.

So gehörten 2016 bereits 36,2 Prozent der Bevölkerung gar keiner Religionsgemeinschaft mehr an. Einen stetigen Zuwachs an Mitgliedern verzeichnete allerdings die Gläubengemeinschaft der Muslime in Deutschland. In diesem Zusammenhang ist auch der zunehmende Einfluss der türkischen Religionsbehörde (Diyanet) zu sehen, der in Bayern vor allem Ditib-Moscheevereine beeinflusst, welche gegenwärtig auch durch Mittel von Ländern und Kommunen mitfinanziert werden.

Die AfD will keine staatliche Förderung von Religionsgemeinschaften, sondern eine konsequente Trennung von Staat und Religion in Bayern. Dem Verfassungsauftrag zur Ablösung der auf Gesetz, Vertrag oder besonderen Rechtstiteln beruhenden Staatsleistungen an die Religionsgesellschaften ist endlich nachzukommen (vgl. die Verfassung des Deutschen Reichs von 1919 Artikel 38, welcher nach Artikel 140 GG weiterhin Gültigkeit beansprucht)!

Dafür muss das „Gesetz zur Ausführung konkordats- und staatskirchenvertraglicher Verpflichtungen Bayerns (AG-KStV)“ abgelöst werden durch ein Gesetz, welches stattdessen staatliche Zuwendungen allein zur Pflege sakraler Baudenkmäler als Bestandteil der Kulturgeschichte im Freistaat im bisherigen finanziellen Rahmen zusichert. Bei der staatlichen Finanzierung von Kindertagesstätten, Schulen und Krankenhäusern in privater Trägerschaft sollen zudem keine seelsorgerischen Leistungen übernommen werden. Die Kostenübernahme der Gehälter führender Mitarbeiter der Kirche, inklusive der Kardinäle und Bischöfe, sowie die teilweise Bereitstellung kostenlosen Wohnraums für diesen Personenkreis lehnt die AfD ab. Die Grundlage dieser Leistungen, die Staatskirchenverträge zwischen der Bayerischen Staatsregierung und der

AfD Wahlprogramm Landtagswahl Bayern 2018

röm.-kath. sowie der evang.-luth. Kirche in Bayern, sind daher unverzüglich zu kündigen.

Eine Fortsetzung der finanziellen staatlichen Unterstützung an die Amtskirchen ist weder zeitgemäß noch sachgerecht, zumal es sich bei den Kirchen um eine besondere Lobbygruppe handelt, die sich dadurch von anderen unterscheidet, dass sie auf finanzielle staatliche Hilfe zurückgreifen kann. Diese staatliche Unterstützung ist dem deutschen und insbesondere bayerischen Steuerzahler nicht länger zumutbar.

Kirchenasyl ist zu unterbinden und die für die eventuelle Gewährung von Kirchenasyl Verantwortlichen sind konsequent strafrechtlich zu verfolgen.

Darüber hinaus ist die personelle und finanzielle Ausstattung von Religionsgemeinschaften durch muslimische Staaten wie Saudi-Arabien, Kuwait, Katar und auch die Türkei zu unterbinden.

1.6. Rundfunkabgabe abschaffen

Im Bayerischen Rundfunk (BR) findet – wie auch in den anderen Sendern des öffentlich-rechtlichen Rundfunks – keine umfassende, objektive und ausgewogene politische Berichterstattung mehr statt. Die Berichterstattung über die Arbeit des Bayerischen Landtags ist sogar ausgesprochen dürftig, ebenso die Berichterstattung seiner teuren Regionalstudios über die Arbeit der Bezirkstage und der Kommunalpolitik. Der Bildungsauftrag des BR als öffentlich-rechtlicher Sender wird nur noch marginal umgesetzt. Auch die Printmedien füllen dieses Defizit nicht aus.

Stattdessen tritt der BR mit der Ausstrahlung ähnlicher Radio- und TV-Formate in direkte Einschaltquotenkonkurrenz zu privaten Anbietern. Durch die homogene Besetzung des Rundfunkrats mit regierungsnahen Mitgliedern ist gegenwärtig auch die nötige Staats- bzw. Regierungsferne bei der medialen Berichterstattung nicht gegeben.

Die AfD Bayern fordert daher die Abschaffung des Zwangsbeitrags für den Bayerischen Rundfunk und die

Umformung des Senders in ein wirtschaftlich schlankes, öffentlich-rechtliches Medium, das sich ausschließlich auf regionale und überregionale Nachrichten sowie hochwertige Berichterstattung aus den Bereichen Bildung, Kunst, Kultur und Politik konzentriert.

Dieser neue Bürgerrundfunk soll von einem frei gewählten und parteipolitisch unabhängigen Gremium beaufsichtigt werden.

The background of the slide features a photograph of two church towers with green copper domes against a clear blue sky. To the right, a large, golden statue of the Virgin Mary holding the Christ Child stands on a pedestal. A red rectangular box is positioned in the lower-left area of the image.

KAPITEL 2

Recht und Inneres

2.1. ABSCHIEBUNG STRAFFÄLLIGER AUSLÄNDER UND ABGELEHNTER ASYLBEWERBER

2.1.1. Doppelte Staatsbürgerschaft abschaffen - straffällige Ausländer ausweisen!

Gemäß § 71 Abs. 1 Aufenthaltsgesetz sind für Ausweisungen die Ausländerbehörden der jeweiligen Bundesländer zuständig. Sofern ein Ausländer, der straffällig geworden ist, auch die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt, ist eine Abschiebung durch die Ausländerbehörden des Freistaats Bayern nicht möglich. Auch aus diesem Grund ist die doppelte Staatsbürgerschaft abzulehnen.

Grundsätzlich gilt im Rahmen der Einbürgerung das Prinzip der Vermeidung von „Mehrstaatlichkeit“, also der staatsbürgerlichen Angehörigkeit zu mehr als einem Staat. Dies entspricht in Europa auch dem „Straßburger Übereinkommen“ (sog. Mehrstaaterabkommen) vom 6. Mai 1963, das am 29. September 1969 auch von der Bundesrepublik Deutschland ratifiziert wurde und mit welchem völkerrechtlich doppelte Staatsbürgerschaften prinzipiell vermieden werden sollen.

Die Große Koalition hat jedoch durch das Zweite Gesetz zur Änderung des Staatsangehörigkeitsgesetzes vom 13. November 2014 den § 29 des Staatsangehörigkeitsgesetzes (StAG) abgeändert, sodass eine Optionspflicht, sich also für eine Staatsangehörigkeit zwingend entscheiden zu müssen, für Personen, die „im Inland aufgewachsen“ sind, nicht mehr besteht.

Wir fordern daher die Abschaffung der doppelten Staatsbürgerschaft. Bayern muss in der Lage sein, straffällige Ausländer auch auszuweisen. Ferner müssen die Zugehörigkeit zu ausländischen Terrororganisationen sowie das Verüben schwerer Straftaten zum Verlust der deutschen Staatsangehörigkeit führen.

2.1.1.1. Doppelte Staatsbürgerschaft als Integrationshindernis

Die Mehrstaatlichkeit stellt überdies auch ein Integrationshindernis dar:

Die Erlangung der deutschen Staatsangehörigkeit darf nicht zu Beginn des Einbürgerungsprozesses als Zufallsprodukt stehen, sondern an dessen Ende. Nur dadurch

wird gewährleistet, dass der Einzubürgernde die deutsche Rechts- und Gesellschaftsordnung verinnerlicht, lebt und immunisiert wird gegen die potenzielle Instrumentalisierung für die Interessen seines Heimatstaates, vor allem der Einflussnahme ausländischer Staaten auf die deutsche Politik. Das bedeutet aber ein vorbehaltloses und ungeteiltes Bekenntnis des Einzubürgernden zu Deutschland, das sich auch darin zeigt, dass der Einzubürgernde seine bisherige Staatsangehörigkeit verliert bzw. aufgibt, sobald er die deutsche Staatsangehörigkeit erwirbt. Andernfalls droht der Zustand, dass alle Menschen in Deutschland zwar Staatsangehörige sind, aber keiner mehr echter Staatsbürger.

Mithin entwertet die doppelte Staatsangehörigkeit die deutsche Staatsbürgerschaft.

2.1.1.2. Rückkehr zum Abstammungsprinzip

Die AfD will das Geburtsortsprinzip (Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit allein durch Geburt in Deutschland, auch wenn kein Elternteil Deutscher ist) wieder aus dem Gesetz streichen und zum Abstammungsprinzip, wie es bis

zum Jahr 2000 galt, zurückkehren. Die doppelte Staatsbürgerschaft soll auf wenige wohl begründete Sonderfälle beschränkt werden. Dafür wird sich die AfD im Bundesrat einsetzen.

2.1.2. Abschiebung von abgelehnten Asylbewerbern

Für den Vollzug der Abschiebung von abgelehnten und nicht geduldeten Asylbewerbern sind nach § 40 des Asylgesetzes die Ausländerbehörden der Länder zuständig. In Bayern liegt die Abschiebequote allerdings lediglich bei 23,2 Prozent. Von 9.349 ausreisepflichtigen Asylbewerbern wurden im Zeitraum Januar bis August 2017 aber nur 2.166 abgeschoben. Im Ergebnis nimmt Bayern damit unter allen Bundesländern den 10. Platz ein, obwohl die Staatsregierung nicht müde wird zu betonen, dass Bayern insoweit einen Spitzenplatz einnähme. Das trifft jedoch nicht zu.

Die AfD fordert deshalb, dass die Abschiebung ausreisepflichtiger Asylbewerber konsequent durch die zuständigen Behörden durchgeführt wird.

2.1.3. Härtefallkommission auflösen

Die beim Staatsminister des Inneren eingerichtete Härtefallkommission, die es ermöglicht, ausnahmsweise eine Aufenthaltserlaubnis an Ausländer zu erteilen, die eigentlich zur Ausreise verpflichtet sind, wird aufgelöst.

2.2. Der Islam gehört nicht zu Bayern

Die Alternative für Deutschland tritt für den freiheitlich-demokratischen und säkularen Rechtsstaat ein, der den allgemeinen Menschenrechten verpflichtet ist und über religiösen Geboten steht. Mit diesem Staatsverständnis ist der orthodoxe Islam auf der Grundlage von Koran und Sunna nicht vereinbar. Die AfD erkennt uneingeschränkt die Glaubens-, Gewissens- und Bekenntnisfreiheit an. Sie fordert jedoch, der Religionsausübung (gemäß Art. 140 Grundgesetz i. V. m. Art. 136 Abs. 1 Weimarer Reichsverfassung) Schranken zu setzen durch die staatlichen Gesetze, die Menschenrechte und unsere Werte.

In der Ausbreitung des Islams auch in Bayern sieht die AfD eine Gefährdung des inneren Friedens, unserer Rechts-

und Werteordnung sowie unserer kulturellen Identität, die uns vor große Herausforderungen stellt. Rechtstreue und wahrhaft integrierte Muslime sind zwar geschätzte Mitglieder unserer Gesellschaft. Die AfD will jedoch abgeschottete islamische Parallelgesellschaften verhindern, in denen muslimische „Friedensrichter“ Rechtsvorschriften der Scharia anwenden und das staatliche Monopol der Strafverfolgung und Rechtsprechung unterlaufen.

2.2.1. Religiös motivierten Terrorismus bekämpfen

Gegen den Terror, der auch Bayern bedroht, müssen Bayerns Polizei und Geheimdienst mit den entsprechenden Behörden sowohl deutschlandweit als auch international kooperieren und alle relevanten Daten austauschen. In Bayern leben derzeit mehr als 730 Salafisten, von denen laut Verfassungsschutz ein Viertel gewaltorientiert ist. Aktivitäten und Kommunikation von Salafisten und Gefährdern sind möglichst konsequent zu überwachen. Jegliche Propaganda für den Dschihad ist zu unterbinden und strafrechtlich zu verfolgen.

2.2.2. Transparenz für Moscheen – keine Finanzierung aus dem Ausland

Bisher hat der Freistaat keine genaue Kenntnis von der Zahl der hiesigen Moscheen, ihrer Finanzierung, Mitgliederzahl und Imame. Diese Unkenntnis ist angesichts der Gefahr rechtswidriger radikal-islamischer Umtreibe nicht zu verantworten. Die AfD verlangt daher, eine gesetzliche Pflicht zur Registrierung für alle Moscheegemeinden mit den wesentlichen Daten einzuführen. Die Finanzierung von Moscheen und Entsendung von Imamen aus dem Ausland soll unterbunden werden. Eine Namensgebung als „Fatih-Moschee“, d. h. „Eroberer-Moschee“, lehnt die AfD ab. Öffentliche muslimische Freitagsgebeten auf Straßen oder Plätzen sollen nicht gestattet werden.

2.2.3. Keine Vollverschleierung in der Öffentlichkeit – kein Kopftuch im öffentlichen Dienst

Die AfD fordert ein allgemeines Verbot von Burka und Niqab in der Öffentlichkeit, weil sie die Trägerin von der Umwelt abschotten und das Zusammenleben in der Gesellschaft erschweren. In staatlichen Bildungseinrichtun-

gen soll das Kopftuch, ein religiös-politisches Zeichen der Unterordnung von Muslimas unter den Mann, weder von Lehrerinnen noch von Schülerinnen getragen werden in Anlehnung an das französische Modell.

2.2.4. Verbot von Polygamie und Zwangsheirat

Bis 2009 bestand in Deutschland eine gesetzliche Verpflichtung zur standesamtlichen Eheschließung vor einer religiösen Trauung. Das seitdem geltende neue Personenstandsgesetz ermöglicht jedoch durch den Wegfall der Verpflichtung zur vorherigen standesamtlichen Eheschließung die alleinige Trauung durch einen Imam, die allerdings keinerlei Wirksamkeit nach staatlichem Recht besitzt. Die christlichen Kirchen vollziehen nur in Ausnahmefällen eine kirchliche Trauung ohne vorherige standesamtliche Eheschließung. Zehn bis zwanzig Prozent der Muslime in Deutschland verzichten jedoch ganz auf das Standesamt und führen eine Imam-Ehe nach der Scharia, welche die Polygamie erlaubt. Auch die Zwangsheirat wird durch Imam-Ehen erleichtert. Sowohl Polygamie wie Zwangsheiraten sind nach deutschem Recht verboten. Deshalb fordert die AfD:

- das Verbot der religiösen Trauung ohne vorherige standesamtliche Eheschließung wieder in Kraft zu setzen und
- die Imame in Deutschland gesetzlich zu verpflichten, nur nach Vorlage der standesamtlichen Heiratsurkunde die Trauung eines Paares rein rituell-religiös zu bestätigen, um Mehrfach- und Zwangsehen zu vermeiden. Eheverträge sollen nur nach deutschem Recht vor einem Notar geschlossen werden können. Vorschriften nach der Scharia sollen ohne Ausnahme außer Acht bleiben.
- Den Jobcentern sollen die Personenstandsregister der Standesämter zugänglich gemacht werden, um missbräuchliche Inanspruchnahme von Hartz IV durch Zweit-, Dritt- und weitere Ehefrauen zu unterbinden.
- Islamische Mehrfachehen, die im Ausland geschlossen werden, sollen nach deutschem Recht nicht anerkannt werden.

2.2.5. das Kindeswohl: keine Beschneidung ohne medizinische Indikation

Seit Dezember 2012 gilt das hochumstrittene Gesetz zur „Beschneidung des männlichen Kindes“ gemäß § 1631d

BGB, das Beschneidungen ohne medizinische Notwendigkeit, meist aus religiösen Gründen, zulässt. Die chirurgische Entfernung der nervenreichen männlichen Vorhaut ist ein irreversibler, schmerzhafter Eingriff, der mit physischen und psychischen Risiken verbunden ist sowie nicht selten mit Auswirkungen auf die Gesundheit und das Sexualleben des späteren Erwachsenen. Sie ist daher als eine gravierende Körperverletzung einzustufen, die das Grundrecht auf „körperliche Unversehrtheit“ (Art. 2 Grundgesetz) und damit das Kindeswohl verletzt, dem das elterliche Sorgerecht untergeordnet ist. Sie verstößt zudem gegen das Grundrecht auf Selbstbestimmung und die Menschenwürde. Zugleich steht sie im Widerspruch zur Gleichberechtigung der Geschlechter, denn die Genitalbeschneidung von Mädchen ist zu Recht strafbar.

Die AfD sieht sich grundsätzlich dem Wohl des Kindes und seinen Grundrechten verpflichtet. Diese dürfen keinesfalls religiös motivierten Wünschen seiner Eltern untergeordnet werden. Die AfD lehnt daher aus den angeführten Gründen auch die Beschneidung des männlichen Kindes gemäß § 1631d BGB als verfassungs- bzw. rechtswidrig ab und verlangt, eine Beschneidung von Kindern ohne medizinische Indikation für rechtswidrig und strafbar zu er-

klären. Erst mit Erreichen der Volljährigkeit soll es einem jungen Mann rechtlich freigestellt werden, eine Beschneidung nach vorheriger neutraler Beratung durch einen Facharzt und unabhängig vom Willen der Eltern vornehmen zu lassen.

2.3. Keine Verschärfung des Waffenrechts

Mit einem nun neuerlich eingebrachten Gesetzentwurf des Bundesrates zur Änderung des Waffengesetzes versucht die Länderkammer, das Waffenrecht weiter zu verschärfen.

Begründet wird dies im Gesetzentwurf damit, dass die gegenwärtige Rechtslage im Waffengesetz nicht ausreichend sicherstelle, dass Extremisten legal keine Waffen besäßen. Insbesondere sehen alle Konsensparteien durch diesen Antrag vor, dass nunmehr eine Abfrage bei den Verfassungsschutzbehörden durch die Landratsämter für jeden einzelnen legalen Waffenbesitzer (Schützen, Jäger etc.) bei jeder waffenrechtlichen Erlaubnis verpflichtend wird. Den hierdurch entstehenden Mehraufwand der Verwaltung haben die Antragsteller zu tragen.

Bekannt dürfte sein, dass die tatsächlich größte Bedrohung der freiheitlich demokratischen Grundordnung von islamistischen Gewalttätern ausgeht, wie die Anschläge der vergangenen Jahre zeigen. Ebenso bekannt dürfte auch sein, dass Funde von Waffen und Sprengstoff in der jüngeren Vergangenheit nicht bei islamistischen legalen Waffenbesitzern gemacht wurden, sondern dass sich der Kreis der Kriminellen gerade aus illegalen Waffenbesitzern zusammensetzt.

Die im Gesetzentwurf angefallenen sog. verfassungsfeindlichen Bestrebungen dürften sich in Wahrheit auch nicht gegen die tatsächlich anzuerkennende Bedrohung durch islamistische Gewalttäter richten, sondern gegen einen nicht genau abgrenzbaren Personenkreis, dem eine Nähe zu den sog. Reichsbürgern unterstellt wird. Da bereits die unterstellte Nähe zu diesem Personenkreis sowie darüber hinaus zum – im Gesetzesentwurf nicht näher definierten – (politischen) „Extremisten“ genügen kann, ist potenziell jeder legale Waffenbesitzer mit einer politisch unliebsamen Meinung akut in seinen erworbenen Rechten gefährdet.

Die AfD widersetzt sich den Bestrebungen der Altparteien, Jäger und Schützen bei Erteilung der notwendigen waffenrechtlichen Erlaubnisse durch eine Regelanfrage beim Verfassungsschutz unter gesinnungsmäßigen Generalverdacht einer verfassungs- oder systemkritischen Gesinnung zu stellen.

Die bereits bestehenden gesetzlichen Regelungen gehen weit über den europäischen Standard hinaus; hier sind nicht weitere Erschwerisse, sondern Lockerungen durchzusetzen. Die AfD wendet sich gegen alle Erschwerisse, die den ordentlichen Bürgern dieses Landes beim Erwerb und Besitz von Schusswaffen gemacht werden und fordert, entsprechend der sich drastisch verschlechternden inneren Sicherheit den Zugang zu Waffen auch zur Selbstverteidigung zu erleichtern.

2.4. Wiedereinführung der Bayerischen Grenzpolizei

Bayern grenzt an die Transitländer Österreich und Tschechien sowie auch an die Schweiz und verfügt dabei mit einer Länge von 1.192 km über einen beträchtlichen Teil der deutschen Landesgrenze.

Die bis Ende März 1998 existierende Bayerische Grenzpolizei sicherte lange die deutsche Außengrenze in Bayern, wurde aber mit dem EU-Beitritt Österreichs sowie dem Vertrag von Schengen vermeintlich obsolet und die Beamten wurden in die reguläre Landespolizei integriert.

Bayern war das einzige Bundesland, das sich eine solche Einheit leistete, an den übrigen deutschen Grenzen war der Bundesgrenzschutz bzw. die spätere Bundespolizei tätig. Mit der „Quasi-Abschaffung“ der Binnengrenzen wurde der Grenzschutz im Schengen-Raum aber nur in der Theorie, z. B. nach Griechenland und Italien, verlagert. Das Ergebnis ist bekannt.

Sowohl über die Balkanroute (von Griechenland kommend) als auch über die Italienroute drangen seit 2015 über eine Million Migranten nach Deutschland vor. Die Hauptreiseroute führt aus geografischen Gründen durch Bayern und belastet hier sowohl die Sicherheitskräfte als auch die Bevölkerung überproportional.

Wie sich eindrucksvoll gezeigt hat, ist die Bundespolizei personell und materiell noch schwächer aufgestellt als befürchtet. Im Herbst 2015 kamen erst nach lauten Hil-

ferufen aus Bayern Bundespolizisten an die bayerische Grenze. Bis dahin wurden die Flüchtlinge von Kräften der Landespolizei, insbesondere von den Polizeiinspektionen „Fahndung“, kontrolliert und bearbeitet. Auch gegenwärtig wird die Bundespolizei rund um die Uhr von mehreren Zügen der bayerischen Bereitschaftspolizei maßgeblich unterstützt.

Die errichteten Liegenschaften der Bundespolizei sind nur temporärer Natur. In Freilassing beispielsweise besteht die kurzfristig aus dem Boden gestampfte Bundespolizei-inspektion aus einem Containerdorf, weil auch nach zwei Jahren Flüchtlingskrise kein Baugrundstück bzw. kein Gebäude gefunden werden konnte.

Statt den in den Medien kolportierten geschlossenen Grenzen werden stationär lediglich die Autobahngrenzübergänge Kiefersfelden, Passau und Bad Reichenhall mit schwachen Kräften überwacht. Alle anderen Verkehrswwege können aus personellen Gründen nur sporadisch kontrolliert werden.

Die AfD fordert aufgrund der aktuellen Lage und der prognostizierten Wanderbewegung von Afrika und dem Nahen

und Mittleren Osten Richtung Westeuropa die Errichtung eines Präsidiums der Bayerischen Grenzpolizei, dessen Aufgaben in Bayern denen der Bundespolizei im übrigen Bundesgebiet entsprechen. Ausnahmen hiervon sollen die Überwachung des Flugverkehrs und der Bahnhofsanlagen in Bayern sein. Diese Aufgaben sollen weitgehend von der Bundespolizei wahrgenommen werden. Nach Bayern kommende Züge aus dem Ausland sind durch Fahndungsgruppen der Bayerischen Grenzpolizei zu kontrollieren und ggf. anzuhalten, um Migranten ohne Einreiseerlaubnis vor oder an der Grenze zurückzuweisen.

Nur durch einen starken Grenzschutz ist Bayern in der Lage, seine im Verhältnis zu Bundesländern wie Nordrhein-Westfalen, Hamburg oder Berlin hohe Sicherheit für die hier lebende Bevölkerung auch künftig zu gewährleisten.

Eine Hauptaufgabe der Bayerischen Grenzpolizei wird naturgemäß sein, illegale Einwanderung zu unterbinden. Migranten ohne gültige Einreisepapiere sind auch bei Vorbringen eines Asylbegehrens an der Grenze zurückzuweisen. Selbst die Bundesregierung bestätigte Anfang 2016 in ihrer Antwort auf eine kleine Anfrage, dass „eine Zurück-

weisung im Rechtsrahmen der Dublin-III-Verordnung und des § 18 AsylG zulässig“ sei. Jede Straftat ist konsequent zu verfolgen, auch der Straftatbestand der illegalen Einwanderung.

Hierzu müssen der ominöse mündliche Erlass des damaligen Bundesinnenministers de Maizière aus dem Jahr 2015, alle Asylbewerber auch ohne Dokumente einreisen zu lassen, vom amtierenden Bundesinnenminister Horst Seehofer endlich widerrufen und grenzpolizeiliche Aufgaben an die Bayerische Grenzpolizei übertragen werden. Die bereits existenten Polizeiinspektionen „Fahndung“ der Polizeipräsidien Schwaben Südwest, Oberbayern-Süd, Niederbayern und Oberpfalz sind personell und organisatorisch dem Präsidium der Bayerischen Grenzpolizei zuzuordnen und personell aufzurüsten. Die Standorte sind zu erhalten und ggf. auszubauen.

Stationäre und ständig besetzte Kontrollstellen bei der Einreise nach Deutschland sollen vordringlich auf den betroffenen Autobahnen entstehen. Parallel dazu fahndet die Bayerische Grenzpolizei rund um die Uhr mit starken Kräften und mobil im Rahmen der Schleierfahndung und in Anlehnung an deren Kontrollkonzept (mobil, zivil, im

30-km-Grenzbereich, möglichst hoher Außendienstanteil für die Fahndungskräfte).

Auch die Staatsregierung möchte eine Bayerische Grenzpolizei einführen. Allerdings soll sie als Grenzpolizeidirektion agieren und ist somit personell weiter den Polizeipräsidien unterstellt. Diese können nach Belieben Personal abziehen. Die Staatsregierung möchte die Bayerische Grenzpolizei auch in den kommenden fünf Jahren mit insgesamt lediglich 500 Beamten verstärken, was deutlich zu knapp bemessen ist und kaum die Pensionsabgänge auffängt. Es ist damit klar erkennbar, dass es der Staatsregierung nicht um eine Verbesserung der Sicherheit geht, sondern nur um die Landtagswahl.

2.5. Für mehr Sicherheit und effektive Verbrechensbekämpfung - Bayerns Polizei und Justiz stärken!

Aktuelle Kriminalitätsstatistiken belegen schwerwiegender Versäumnisse in der Polizeiführung. Die AfD fordert deshalb, die Strafgesetze wieder konsequent anzuwenden sowie die Justiz und Polizei mit den dringend benötigten personellen und materiellen Ressourcen auszustatten.

Rechtliche Befugnisse der Polizei im Rahmen des Polizeiaufgabengesetzes (PAG) müssen geprüft und im Bedarfsfall auf absolut notwendige Maßnahmen bei der tatsächlichen Verbrechensbekämpfung reduziert werden.

Die AfD fordert neben mehr Beamten im Streifendienst eine leistungsgerechtere Bezahlung und eine Offensive zum Abbau der Überstunden. Polizisten dürfen auch nicht zum Freiwild werden, deshalb sind Übergriffe auf jede Form von Ordnungs- und Rettungskräften strenger zu ahnden. Der Einsatz von Bodycams kann hierbei eine wichtige Rolle bei der Aufklärung spielen.

2.5.1. Konsequentes Vorgehen gegen linke Krawallmacher, Clans und No-go-Areas

Der Rechtsstaat muss endlich wieder konsequent durchgesetzt werden. Dazu wollen wir die Polizeiführung von politischer Korrektheit befreien. Bayern darf niemals Geschehnisse wie beim G20-Gipfel in Hamburg, die Besetzung von Häusern, kriminelle Clanstrukturen oder No-go-Areas dulden. Wir sagen linken Krawallmachern, organisierter Gewalt und No-go-Areas den Kampf an. Mit

uns wird hart durchgegriffen gegen jeglichen gewalttätigen Extremismus. Dazu ist es auch notwendig, dass Polizisten und andere Sicherheitsbehörden anhand von Merkmalen wie Religion, nationaler oder ethnischer Herkunft handeln dürfen. Dementsprechend sind auch Polizeistatistiken transparent zu gestalten und dürfen wichtige Informationen nicht verschleiern, die das Erkennen von Problemen erschweren.

2.5.2. Aufklärung und harte Hand statt falscher Toleranz

Moscheevereine wie Ditib, die durch das Ausland gesteuert werden, sind durch den Verfassungsschutz zu überwachen. Imame, die nicht in Deutschland ausgebildet wurden, dürfen nicht predigen.

Es sind die rechtlichen Grundlagen dafür zu schaffen, dass Moscheen, in denen gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung gehetzt wird, oder in denen vermittelt wird, dass Anhänger anderer Religionsgruppen minderwertig seien oder dass Frauen minderwertiger seien als Männer, geschlossen werden.

Wer einmal als Gefährder oder Mitglied einer extremistischen Organisation erfasst wird, dem ist die deutsche Staatsbürgerschaft zu verweigern.

Im schulischen Unterricht soll der Geschichte des Islams und des Nahen Ostens und Nordafrikas mehr Raum eingeräumt werden und dabei insbesondere auch auf die dunklen Kapitel dieser Geschichte, wie die Sklaverei oder die zahlreichen Genozide, zum Beispiel den Armeniergenozid, eingegangen werden. Ausländerextremismus, Islamismus, Linksextremismus und Rechtsextremismus sollen im schulischen Unterricht den gleichen Raum erhalten und die jungen Menschen für die Gefahren extremistischer Bewegungen in gleicher Weise sensibilisiert werden.

2.6. Staatliche Neutralität stärken

Die staatliche Neutralität ist zu stärken, extremistische Organisationen oder Vereinigungen oder Bündnisse, in denen extremistische Organisationen Mitglied sind, dürfen keine staatliche Unterstützung erhalten.

Straftaten, bei denen keine Täter ermittelt werden können, müssen als ungeklärt in Statistiken auftauchen und dürfen nicht – wie bisher teilweise üblich – einem extremistischen Spektrum zugeordnet werden.

2.7. BÜRGERLICHE FREIHEITEN SICHERN

2.7.1. Gegen flächendeckende Videoüberwachung

Den Trend zur flächendeckenden Videoüberwachung lehnen wir entschieden ab. Kriminelle dürfen nicht die Macht über die Freiheitsrechte unserer Bürger erlangen. Aus diesem Grund muss die Überwachung im angemessenen Rahmen stattfinden, d. h. an Kriminalitätsherden und nicht in der Fläche. Gleichzeitig ist die wirkungsvollste Maßnahme die Erhöhung der Polizeistellen, für die wir uns nachdrücklich einsetzen. Insbesondere an Brennpunkten sind kleine Dienststellen zu besetzen.

2.7.2. Rückkehr zum alten bayerischen Polizeiaufgabengesetz

Wir sprechen uns für die Abschaffung dieses Reformgesetzes aus, das durch scharfe Freiheitseinschränkungen Sicherheit zu schaffen vorgibt. Denn dabei handelt es sich lediglich um ein Täuschungsmanöver der Staatsregierung, die über Jahre hinweg die Kriminalitätsbekämpfung drastisch vernachlässigt hat. Die konsequente Anwendung der bestehenden Gesetze würde bereits ausreichen, um Kriminalität effektiv zu bekämpfen.

Begrifflichkeiten wie die „drohende Gefahr“ sind völlig unzureichend definiert und öffnen Missbrauch Tür und Tor. Der Rechtsbegriff der „konkreten Gefahr“ ist hinreichend definiert und völlig ausreichend. Ebenso lehnen wir die Ausweitung der Vorbeugehaft ab.

2.7.3. Bußgeld-Terror stoppen

Verkehrsüberwachende Maßnahmen wie Radarkontrollen sind durchaus sinnvoll, jedoch sind diese an Gefahrenstellen (Schulen, Kindergärten etc.) einzusetzen, um für mehr Sicherheit zu sorgen, aber dürfen nicht wie vielerorts als Einnahmequelle aufgestellt werden. Verkehrsüberwachung muss die Sicherheit auf bayerischen Straßen verbessern, nicht die Haushaltsslage des Staates. Dementsprechend lehnen wir die sogenannten Blitzmarathons konsequent ab.



KAPITEL 3

Ende der „Herrschaft des Unrechts“

AfD Wahlprogramm Landtagswahl Bayern 2018

Seit Jahren nimmt Deutschland die weitaus meisten Asylbewerber aller EU-Staaten auf, die in der Regel illegal nach Europa einreisen und von einem der Vollversorgung dienenden Leistungssystem auf Kosten der Steuerzahler angezogen werden. Bundeskanzlerin Angela Merkel hat sich in einer historisch einmaligen Fehlleistung im September 2015 über geltendes Recht hinweggesetzt und eine „Herrschaft des Unrechts“ installiert, wie dies der damalige bayerische Ministerpräsident Horst Seehofer bezeichnet hat. Dieser führt nun in seiner Verantwortung als Bundesinnenminister diese „Herrschaft des Unrechts“ fort.

Die AfD ist die einzige demokratische Kraft, die kompromisslos für die Wiederherstellung des Rechts eintritt und dem schrankenlosen Einwanderungswahn und der Willkommensdiktatur der Altparteien widersteht.

3.1. Illegale Grenzübertritte verhindern

Die unkontrollierte und rechtswidrige Migration nach Deutschland und insbesondere nach Bayern dauert nach wie vor an. Die AfD fordert daher mit besonderem Nachdruck, die Duldung von illegalen Grenzübertritten zu be-

enden und stattdessen nicht berechtigte Migranten an der Grenze strikt und ausnahmslos zurückzuweisen. Entsprechend Artikel 16a (2) des Grundgesetzes besteht kein Anspruch auf Asyl – es müssen daher keine Verfahren eröffnet werden. Asylzentren zur Rückführung sind direkt an der Grenze zu betreiben. Die „grüne Grenze“ ist aktiv zu sichern. Bei der Überwachung der Grenzen ist gegebenenfalls auf technische Amtshilfe z. B. bei der Überwachungstechnik zurückzugreifen.

3.2. Enge Zusammenarbeit mit Bayerns Nachbarländern

Die AfD fordert für Bayern eine enge Zusammenarbeit mit den Regierungen unserer Nachbarländer und den Visegrád-Staaten im Interesse unserer Bürger.

Dabei sehen wir folgende gemeinsame Zielstellungen und Schwerpunkte des Zusammenwirks:

- a) Bilaterale Grenzraumkontrollen sowie effektiver europäischer Außengrenzschutz ist durchzuführen.
- b) Stärkere Hilfe vor Ort in Regionen von Krisenstaaten und Drittstaaten sowie monetäre Hilfen sollen verstärkt an

die Bereitschaft zur Rücknahme abgelehnter Asylbewerber gekoppelt werden.

c) Die Angleichung der gesetzlichen Asyleistungen in den EU-Ländern auf ein für alle EU-Staaten verbindliches Mindestniveau an Sachleistungen ist durchsetzen, um Fehlanreize zur Immigration von Wirtschaftsflüchtlingen nach Deutschland und Bayern zu beseitigen.

Damit können wir die Massenzuwanderung nach Deutschland und in die EU stoppen und die Spaltung der europäischen Völker durch die Merkel-Asyl-Politik überwinden. Dies ist eine wichtige Voraussetzung, um die öffentliche Ordnung und Sicherheit in Bayern zu gewährleisten und wiederherzustellen, denn noch immer werden täglich ca. 500 sogenannte „Flüchtlinge“ aus ideologischen Gründen rechtswidrig nach Deutschland eingelassen.

3.3. Verhinderung ausländischer Einflussnahme und Radikalisierungsprävention

Ausländische Einrichtungen nehmen zunehmend Einfluss auf die religiösen und politischen Entwicklungen in Deutschland und tragen zur Radikalisierung bei. Wir for-

dern ein Verbot der Finanzierung von religiösen Einrichtungen mit Geldern aus dem Ausland.

Zudem fordern wir eine strengere Kontrolle, gegebenenfalls ein Verbot der Betätigung von ausländischen privaten wie staatlichen Einrichtungen mit religiös-politischer Ausrichtung, die gegen das Grundgesetz verstoßen und gegen unsere freiheitliche, westlich geprägte Werteordnung gerichtet sind.

Die AfD Bayern fordert ein fundiertes staatliches Handlungskonzept für Bayern gegen politisch motivierte Gewalttaten und Programme auch gegen den Linksextremismus. Diese Programme müssen mit ebenso viel Geld und Personal ausgestattet werden wie die Menge an vorhandenen Programmen gegen den Rechtsextremismus. Darüber hinaus muss die Verengung von Präventionsmaßnahmen allein gegen den Salafismus aufgegeben werden, zugunsten einer Prävention gegen das gesamte Spektrum religiöser Radikalisierung in Bayern.

3.4. Folgen der Migrationskrise korrigieren

Die illegale Migration geht zulasten der bayerischen Steuerzahler, der Sicherheitslage und der Zukunftsfähigkeit Bayerns durch fehlende Investitionsmittel sowie tatsächlich Asylberechtigter. Wir fordern dazu, dass sich die bayerische Staatregierung im Bund für die Etablierung von Rückführungsabkommen unter Einsatz außenpolitischer Maßnahmen einsetzt. Wir fordern deshalb, dass nicht aufenthaltsberechtigte Migranten nunmehr tatsächlich und nachprüfbar konsequent abgeschoben werden.

Konsequentes Abschieben von nicht aufenthaltsberechtigten Migranten und abgelehnten Asylbewerbern muss unmittelbar gelebte tägliche Praxis sein, um schnellstmöglich zu Recht und Ordnung zurückzukehren, die innere Sicherheit zu verbessern und insbesondere den bayerischen Steuerzahler zu entlasten. Im Vordergrund steht der Schutz der Bundesrepublik Deutschland sowie des deutschen Volkes. Dies gilt ebenso für den Schutz des Freistaats Bayern und der im Freistaat lebenden Bürger. Daraüber hinaus gilt es, den Willen des Souveräns zu verteidigen, die Demokratie zu schützen und Willkür zu stoppen.

Hart erarbeitete Steuern und Abgaben sind einem vernünftigen Zweck im Sinne des Steuerzahlers zuzuführen. Die Steuer- und Abgabenlast ist unmittelbar zu reduzieren.

3.5. Bundeswehrstandorte in Bayern erhalten

Der überzogene Abbau der Truppe mit überproportionalem Anteil bei den Traditionssstandorten in Bayern wurde seitens der Landesregierung zugelassen. Damit wurde die soziale wie wirtschaftliche Verankerung mit der Bundeswehr geschwächt.

Die AfD fordert ein starkes Engagement der Bayerischen Staatsregierung für die Bundeswehr in Bayern und in Deutschland. Bayern als großes Flächenland benötigt ein starkes Sicherheitsrückgrat und tritt insbesondere in Zeiten zunehmender Unsicherheit für eine starke, in der Heimat verankerte Bundeswehr ein.

Im Zuge der von 2017 bis 2024 vorgesehenen Vergrößerung der Streitkräfte von 178.000 auf 198.000 militärische Dienstposten (sowie auch einer Er-

höhung des Umfangs an zivilen Dienstposten) fordert die AfD ein aktives Eintreten der Bayerischen Staatsregierung für eine Allokation der neuen Dienstposten auf dem Gebiet des Freistaats Bayern.

3.6. Allgemeine Dienstplicht

Demokratie lebt vom Engagement der Bürger: Mit der Aussetzung der Wehrpflicht wurden sowohl die Bundeswehr als auch die Sozialdienste vor erhebliche Probleme gestellt. Zudem sind THW und Feuerwehren mit Problemen der Nachwuchsgewinnung konfrontiert.

Die AfD fordert, dass sich die Landesregierung im Bund für die Einführung einer allgemeinen Dienstplicht einsetzt. Diese soll sowohl eine Wehrpflicht als auch einen Zivildienst umfassen. Damit sollen Bundeswehr, Sozialdienste sowie THW und Feuerwehren zukunftsähig gemacht werden.

A close-up photograph of a person's hand holding a silver coin above the top of a large, clear glass piggy bank. The piggy bank is rounded and has a textured surface. In the background, a person's face is partially visible, looking down at the piggy bank. The lighting is warm and focused on the hand and the coin.

KAPITEL 4

Starke Finanzen für Bayern – Freiheit für Bayern

4.1. Starke Finanzen für Bayern

Die Steuereinnahmen des Freistaates entspringen der bayerischen Wirtschaftskraft. Sie müssen vor allem Bayern zugutekommen. Der bayerische Staatshaushalt muss dies konsequent berücksichtigen, die Prioritäten für Investitionen in Bayern setzen, Ausgaben bremsen und die Entlastung der bayerischen Bürger und Steuerzahler gegenüber dem Bund und den anderen Bundesländern wieder priorisieren. Alle Finanzströme aus und in Bayern sind transparent darzustellen, um echte Kontrolle durch die Bürger zu ermöglichen.

Schattenhaushalte oder die Verlagerung von Sachausgaben und Personalstellen in Landesbetriebe lehnt die AfD ab.

4.2. Schuldenfreies Bayern bereits 2028

Dazu fordern wir eine Verfestigung der jährlichen Haushaltssätze zum Schuldenabbau auf mindestens zwei Milliarden Euro pro Jahr. Nach dem Plan der AfD kann die vollkommene Schuldenfreiheit Bayerns bereits 2028 sicher erreicht werden. Ausgaben dürfen danach nicht mehr

durch neue Schulden getätigt werden. Gleichzeitig ist die Staatsquote abzubauen und der Bürger ist zu entlasten.

Die Bayerische Staatsregierung hat die Erreichung der Schuldenfreiheit Bayerns für 2030 verkündet. Es fehlt aber an einem verbindlichen Tilgungsplan.

Die sorgsame Verwendung von Steuermitteln mit Rückicht auf nachfolgende Generationen erfordert eine Umsteuerung von als „sozial“ etikettierten, umverteilenden Landesbeihilfen in Zukunftsinvestitionen. Wir fordern eine „Zukunftsregel“ im Haushalt mit der Zielvorgabe, für je einen Euro sozial, zwei Euro investiv auszugeben.

4.3. Kein europäischer Haftungsverbund mit bayerischen Banken, Mittelstandsfinanzierung stärken

Wir fordern, regionale Banken in Bayern als Teil des deutschen dreigliedrigen Bankensystems aus dem Haftungsverbund der europäischen Einlagensicherung herauszuhalten. Regionale Förderbanken, Sparkassen und Genossenschaftsbanken in Bayern sind als Träger der örtlichen Kreditversorgung darüber hinaus zu erhalten und zu stärken. Regionale Finanzplätze und Instrumente

sichern die Finanzierung des bayerischen Mittelstands, der das Rückgrat der bayerischen Wirtschaftskraft darstellt.

Die schrankenlose Bankenunion der EU entkoppelt Verursachung und Haftung. Während die Haftung weit entfernte und solide Wirtschaftende trifft, bleibt die Verursachung durch verantwortungsloses Bankenhandeln vor Ort folgenlos. Die regionalen Banken in Deutschland und Bayern verfügen über eigene und solide Haftungsmechanismen und bedürfen keiner Vergemeinschaftung. Insbesondere die bayerische mittelständische Wirtschaft wird durch regionale Banken und Finanzplätze hervorragend betreut und in ihrer Kraft zum Wohl Bayerns gestärkt. Wir fordern eine konsequente Subsidiarität internationaler Bankenregeln und Haftung gegenüber regional bestehenden Strukturen und Regeln.

Bürokratie und Überregulierung haben gegenüber gelebter und bewährter Verantwortung zurückzutreten. Regionalbanken sollen ausschließlich national beaufsichtigt und reguliert werden. Bayern hat sich konsequent für die regionale Bankenhoheit und Selbstständigkeit einzusetzen.

4.4. Recht auf Bargeld

Bargeld ist Freiheit und wird durch die inflationäre Zentralbankpolitik und die Abhängigkeit der hoch verschuldeten Euro-Staaten von den Niedrigzinsen direkt bedroht. Der nächste Schritt nach der Durchsetzung von Negativzinsen zeichnet sich ab und gefährdet den Wohlstand der bayerischen Bürger. Wir fordern von der Bayerischen Staatsregierung, die Initiative zu ergreifen, das „Recht auf Bargeld“ in das Grundgesetz zu übernehmen. Bayern muss die diesbezügliche Gesetzesinitiative im Bundesrat federführend unterstützen.

Jeder Bürger hat nach unserer Auffassung das Recht, sich sein Kontoguthaben in bar ohne Beschränkungen auszahlen zu lassen, und das Recht zur Bezahlung einer Geldschuld mit Bargeld darf gesetzlich nicht begrenzt werden. Ein Bargeldverbot ermöglicht es der Politik und den Zentralbanken, einen auf natürlichem Marktweg niemals entstehenden Negativzins als Strafsteuer für Sparer unmittelbar durchzusetzen bzw. per Zwangsabbuchung von Konten direkt umzusetzen. Dies ist ein Angriff auf die Eigentumsrechte der Bürger.

Bargeld schützt dieses oberste Freiheitsrecht „Eigentum“ – und ist derzeit noch eine sichere Möglichkeit, um Null- oder Negativzinsen zu entgehen. Die derzeit von der EU geplante Verbotsschwelle von 5.000 Euro wird absehbar schrittweise immer weiter gesenkt werden – zuletzt bis nahe null Euro. Dieser Entwicklung hin zur automatisierten Enteignung über Negativzinsen kann in Deutschland nur eine grundgesetzlich verankerte Festschreibung – wenigstens des heutigen Status – einen wirksamen Riegel vorschieben. Nur das grundgesetzlich abgesicherte freie Nutzungsrecht und die Annahmeverpflichtung von Bargeld können den Alpträum des finanziell und damit gesellschaftlich gläsernen Bürgers verhindern.

4.5 Bayerisches Geld für bayerische Aufgaben – kein Finanzausgleich bei Rechtsbruch

Die Bayerische Staatsregierung hat sich konsequent für ihre bayerischen Bürger einzusetzen. Wir fordern, die ab 2021 aus dem neuen Länderfinanzausgleich (Finanzkraftstrukturausgleich) für Bayern ersparten Mittel zu mindestens 1,4 Milliarden Euro pro Jahr konsequent in Bayern zu investieren: in Infrastruktur, Bildung und Sicherheit.

Wir fordern, dass die Bayerische Staatsregierung gegenüber dem Bund und den Bundesländern ideologisch motivierten Missbräuchen und rechtswidrigen Zuständen aktiv mit ihrer Finanzmacht unter Einsatz aller rechtlichen und tatsächlichen Möglichkeiten entgegentritt. Rechtsbruch und Staatsanarchie dürfen nicht durch Bayern finanziert werden.

Die AfD fordert, dass Bayern gegenüber rechtswidrig handelnden Bundesländern oder dem Bund selbst bezüglich rechtsbrüchiger Bundesbehörden politische Zahlungsvorbehalte formuliert, bis Recht und Gesetz wiederhergestellt sind. Dies gilt in Fällen wie etwa dem „Asylkauf“ in Bremen. Das bestehende Mischsystem im Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern sowie der kommunale Finanzausgleich verschleieren Kosten und Verantwortlichkeiten, und es ist konsequent offenzulegen, ob die gezahlten Steuern und Abgaben auf kommunaler oder Landesebene in Projekte und Investitionen fließen, die dieser Ebene auch zugutekommen.

Die AfD fordert Transparenz für den bayerischen Bürger und konsequente Vertretung bayerischer Interessen sowie der Rechtsstaatlichkeit.

4.6. Verschwendungen von Steuergeldern bestrafen

Die Verschwendungen von Steuermitteln führt dazu, dass diese Mittel für die Finanzierung der Staatsausgaben fehlen und den Haushalt zusätzlich belasten. Wir fordern daher, die Steuerverorschwendung als Straftatbestand analog zur Steuerhinterziehung aufzunehmen und zu ahnden. Die fehlende Regelung führt dazu, dass Steuerverorschwendung geradezu implizit gefördert wird, da die Verschwendungen derzeit keinerlei Folgen für den Verantwortlichen hat.

Die Entscheider der öffentlichen Hand stehen zukünftig als „öffentliche Unternehmer“ in der Haftung. Steuerverorschwendung ist der ineffektive Einsatz von Mitteln durch eine Regierung oder eine andere staatliche Institution. Typische Arten von Steuerverorschwendung sind Ausgaben für nicht benötigte Einrichtungen oder dem Zweck nach zwar gerechtfertigte, dem Volumen nach aber überhöhte Ausgaben.

Die künftige deutsche Politik muss Entscheidung mit Verantwortung verbinden. Dazu gehört die Einführung der direkten Demokratie, um das Volk an wichtigen Entscheidungen zu beteiligen. Dazu gehören z. B. große Bauvorha-

ben, aber auch die Entscheidung über die Art der Bestrafung bei Haushaltsuntreue.

4.7. Bürokratieabbau - Schluss mit dem Regulierungswahnsinn!

Die bayerischen Bürger und Unternehmer versinken im Bürokratiemorast. Gesetze, Verordnungen und Verwaltungsvorschriften regeln bis in den letzten Winkel des Staates alles und jeden. Für die Wirtschaft und die Bürger entstehen dadurch jährlich Kosten in Milliardenhöhe. Insbesondere Gründer und Unternehmensnachfolger werden durch dieses Übermaß an Vorschriften belastet, ja gegängelt. Es ist Zeit für den radikalen Bürokratierückschnitt!

Im Freistaat Bayern hat die Überregulierung für Unternehmen und Bürger Dimensionen erreicht, die sich kontraproduktiv auf Wachstum und Entwicklung des Landes auswirken. Stagnation und Gängelung durch die öffentliche Verwaltung müssen beendet werden.

Die bayerischen Unternehmen sehen den Abbau von Bürokratie als die wichtigste Aufgabe der kommenden Jahre.

Bislang wurde die Belastung jedoch nur verlagert, da die Abbaueffekte der Mittelstandsentlastungsgesetze durch den Aufbau neuer Regulierung an anderen Stellen konterkariert wurden.

Bayern braucht eine Deregulierungsoffensive, um Bürokratie abzubauen und deren Kosten mindestens zu halbieren.

4.8. Abschaffung der Zwangsmitgliedschaften für Kleinbetriebe und Mittelstand

Es widerspricht unserem freiheitlichen Selbstverständnis, dass mit Gründung eines Betriebs Selbstständige zur Mitgliedschaft in Organisationen wie der Arbeitnehmer- oder Industrie- und Handelskammer verpflichtet werden. Die meist kleinen und mittelständischen Betriebe sind gegen die Zwangsmitgliedschaft. Die ursprünglich als Interessenvertretung in der Politik gegründeten Kammern sind zu Versorgungseinrichtungen für Partefunktionäre zulasten der Gewerbetreibenden verkommen, weshalb wir die Abschaffung der Zwangsmitgliedschaft für Selbstständige und Unternehmer fordern.

4.9. Abschaffung der Erbschaftsteuer

Die Erbschaftsteuer ist nicht nur in der heutigen Ausgestaltung verfassungswidrig. Sie ist in egal welcher Ausgestaltung leistungsfeindlich, weil sie bereits versteuerte Einkommenserzielung erneut belastet. Sie ist ausgeprägt mittelstandsfeindlich, weil sie den reibungslosen Generationenübergang von Familienbetrieben erschwert und diskriminiert, und sie setzt geradezu systematisch Fehlanreize, weil sie den nachhaltigen und damit richtigen Umgang mit erwirtschaftetem Vermögen im Generationenübergang straflich diskriminiert.

Bei einem Aufkommen von nur knapp fünf Milliarden Euro – das ist weit weniger als 1 % des gesamten Steueraufkommens – ist die unergiebige Erbschaftsteuer fiskalisch von geringer Bedeutung. Ein großer Teil von ihr wird zudem durch die extrem aufwendige Erhebung verschlungen. Ihre ersatzlose Abschaffung würde beträchtliche Einsparungen in der kostenintensiven Finanzverwaltung angesichts ihrer hochkomplizierten Ermittlung im Einzelfall ermöglichen. Zugleich würden im Fall ihrer Streichung absehbar viele Gelder, die bislang in das in vielen Staaten erbschaftsteuerfreie Ausland innerhalb wie außerhalb der

EU abgeflossen sind, nach Deutschland zurückkehren und hier die wirtschaftliche Aktivität insbesondere der mittelständischen Wirtschaft weiter erhöhen.

Mit der Einführung der doppelten Buchführung unter Zugrundelegung der internationalen Rechnungslegungsstandards würden von Anfang an zukunftsorientiertes betriebswirtschaftliches Wissen sowie effiziente Strukturen in der öffentlichen Verwaltung Bayerns aufgebaut werden.

4.10. Transparenz durch doppelte Buchführung

Die AfD Bayern fordert die Einführung der doppelten Buchführung für die öffentliche Verwaltung des Freistaats Bayern, um jederzeit eine zutreffende Bewertung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage zu ermöglichen. Die doppelte Buchführung soll von Beginn an nach den internationalen Rechnungslegungsstandards IFRS (International Financial and Reporting Standards) erfolgen, weil es deren Intention ist, die Öffentlichkeit und damit auch die Bürger hinreichend zu informieren. Wegen ihrer strengereren Bilanzierungs- und Bewertungsvorschriften im Vergleich zur nationalen handelsrechtlichen Buchführung wird ein genauerer Überblick über die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage gegeben. Zudem wäre dann auch ein Vergleich (Benchmarking) mit anderen öffentlichen Verwaltungen auf nationaler wie vor allem internationaler Ebene, insbesondere innerhalb der EU, möglich.

A photograph of a family of four in a park. A woman in a white sweater is hugging a young girl in a denim jacket. A man with a beard is carrying a small child on his shoulders. They are all smiling and laughing. The background is filled with green trees and sunlight.

KAPITEL 5

Schutz der Familie

Familie ist Sicherheit, Obhut, Kern der Gesellschaft, Heimat, Liebe und Glück. Durch gewollte, ideologisch motivierte Desorientierung soll das in den Familien überlieferte Werte- und Bezugssystem aufgebrochen, neutralisiert und durch pseudofamiliäre Leitbilder ersetzt werden. Wir fordern die Wiederherstellung des grundgesetzlich garantierten besonderen Schutzes der Familie als Einheit von Vater, Mutter und Kindern. Alle staatlichen und staatlich geförderten Institutionen sind zu verpflichten, in den Betreuungs- und Bildungseinrichtungen dieses Leitbild vorrangig zu vermitteln.

5.1. Ungeborene Kinder haben ein Recht auf Leben

Abtreibung ist daher grundsätzlich Unrecht, auch wenn sie unter bestimmten Voraussetzungen straffrei bleibt. Alle Bestrebungen, die Tötung Ungeborener zu einem „Menschenrecht“ zu erklären, lehnen wir konsequent ab.

Schwangere Frauen verdienen in besonderem Maß Fürsorge und Unterstützung seitens des Staats. Sie sollen durch Beratung und Hilfe ermutigt werden, auch in schwierigen Situationen „Ja“ zu ihrem Kind zu sagen. Wir fordern eine

Bewusstseinskampagne zur Verwirklichung des verfassungsmäßigen Auftrags, den Schutzzanspruch ungeborener Kinder im allgemeinen Bewusstsein zu erhalten und zu beleben. Die Schule muss junge Menschen zu Respekt vor dem Leben erziehen und ein positives Bild von Ehe und Elternschaft vermitteln.

Die Schwangerschaftskonfliktberatung muss tatsächlich dem Schutz des Lebens dienen. Sie soll nach Möglichkeit den Vater des ungeborenen Kindes und die werdenden Großeltern mit einbeziehen. Neben dem Angebot von Hilfen soll sie auch über körperliche und seelische Folgen einer Abtreibung sowie über Adoption und Inpflegnahme als Alternative zur Abtreibung informieren. Adoptionen sind zu erleichtern.

5.2. Echte Wahlfreiheit bei der Kinderbetreuung ermöglichen

Es muss wieder möglich sein, dass eine Familie mit kleinen Kindern von einem Gehalt leben kann. Wir fordern, dass die Eltern frei zwischen Berufstätigkeit oder Erwerbspause entscheiden können. Der Staat muss dafür die elterliche

Betreuung genauso finanziell unterstützen wie ganztägige frühkindliche Fremdbetreuung durch Institutionen und Tagesmütter. Eltern, die ihre Kleinkinder selbst betreuen, erleben die Entwicklung ihrer Kinder unmittelbar, vermitteln ihnen Urvertrauen und Herzensbildung und erhalten damit die körperliche und seelische Gesundheit ihrer Kinder. Sie leisten insofern einen wichtigen Beitrag für die Gesellschaft und verdienen dafür Anerkennung. Im Anschluss an die Betreuungspause muss es ihnen ohne große Hürden möglich sein, ihren Beruf wieder aufzunehmen.

5.3. Finanzielle Sicherheit auch mit Kindern!

Alle Eltern, die für die Betreuung und Erziehung ihrer Kinder die Wahlfreiheit zu ihrer beruflichen Freistellung in Anspruch nehmen, sollen in diesem Zeitraum ein Landeserziehungsgeld erhalten, das sich an der Höhe ihres vorherigen Arbeitseinkommens orientiert.

Grundsätzlich unterstützen wir das Bestreben der Bundespartei, Familien steuerlich mit einem Familiensplitting ähnlich dem französischen Modell zu entlasten.

A photograph of five students walking down a school hallway. On the left, a boy in a blue shirt and backpack walks towards the camera. Next to him, a girl in a black and white checkered dress is jumping with her right arm raised. Behind them, two girls in striped shirts walk hand-in-hand. To the right, a boy in a white shirt and dark pants walks alongside a girl in a white blouse and dark shorts. The hallway has large windows on the left and a potted plant on the right. A red banner with the text "KAPITEL 6" is overlaid at the bottom left.

KAPITEL 6

Leistungsorientiertes differenziertes Bildungs- system

Bildung umfasst die ganze Persönlichkeitsentwicklung und ist in hohem Maß abhängig von sozialen Bindungen und der eigenen Motivation. Wir wenden uns daher entschieden gegen die Reduzierung des Bildungsbegriffs auf die Katalogisierung und Festlegung sogenannter Kompetenzen. Die Rolle der Familie als Kern für die Sicherung des Bildungserfolgs ist zu würdigen – etwaige Defizite können von Bildungseinrichtungen nur zum Teil kompensiert werden – Familie ist nicht ersetzbar.

In den bayerischen Schulen soll an erster Stelle die Vermittlung von Wissen und Fähigkeiten stehen. Eltern, Schüler und Lehrer stehen in der Pflicht, dass Schüler ausbildungs- und arbeitsfähig werden. Das oberste Ziel der Schule muss es sein, mündige und selbstständig denkende Menschen heranzubilden. Nach den Wertvorstellungen unserer christlich- abendländischen Gesellschaft und der bayerischen Verfassung sind alle Schüler im Geiste der Demokratie und in einer traditionellen Verantwortung zur bayerischen Heimat und dem deutschen Volk zu erziehen.

Im bayerischen Bildungssystem haben unsere Werte und Normen zu gelten. Disziplin, Ordnung, respektvoller Umgang, Pünktlichkeit und Rücksichtnahme gegenüber Erzie-

hern, Lehrern, aber auch unter den Kindern sind verstärkt durchzusetzen.

Um Bayern weiterhin seine Stellung als hervorragender Wirtschafts- und Forschungsstandort zu erhalten, ist es notwendig, Schüler entsprechend ihren individuellen Fähigkeiten zu fördern. Jegliche Förderung muss entsprechend der Bereitschaft und Motivation des Betroffenen erfolgen. Dies kann nur durch ein mehrgliedriges Schulsystem ermöglicht werden. Dabei ist das Leistungsprinzip mit klar erkennbaren Lerninhalten wieder in den Vordergrund zu rücken, eine bloße Vermittlung von Kompetenzen reicht nicht aus.

6.1. KULTUR UND IDENTITÄT

6.1.1. Die deutsche Sprache schützen und fördern

Die deutsche Sprache als hoch entwickelte Kultursprache und ihre Dialekte stellen die Grundlage unserer bayerischen und kulturellen Identität dar. Sie sind zudem zentrale Grundlagen des gesellschaftlichen und politischen Zusammenhalts in unserem Sprach- und Kulturraum, der

AfD Wahlprogramm Landtagswahl Bayern 2018

weltbedeutende Leistungen in Wissenschaft, Technik und Kunst hervorgebracht hat.

Daher soll die deutsche Sprache durch Aufnahme in die bayerische Landesverfassung als allein gültige Landessprache und Amtssprache geschützt, gepflegt und gefördert werden. Die bayerischen Dialekte sind in ihrer Vielfalt weltweit einmalig. Dieses unschätzbare Kulturgut ist als wesentliches Identitätsmerkmal der bayerischen Stämme zu bewahren und zu erhalten.

Als sprachliche Verständigungsgrundlage in Deutschland ist der Erwerb von sicheren Deutschkenntnissen für Zuwanderer unabdingbar. Frühenglisch und Immersionsunterricht in Kindergärten und Schulen behindern die sprachliche Integration von Zuwanderern.

Die Lehrsprache an bayerischen Bildungseinrichtungen ist grundsätzlich Deutsch, sofern der Unterrichtsinhalt nichts anderes erfordert. Angebote für „muttersprachlichen Ergänzungsunterricht“ für Migranten bzw. deutsche Staatsbürger aus Einwandererfamilien behindern die Bemühungen um den Erwerb der deutschen Sprache und die Integration.

In Schule, Hochschule und Universität ist der Stellenwert des sorgfältigen Gebrauchs eines guten und verständlichen Deutschen in Wort und Schrift zu erhöhen. Die Sprachpflege und Weiterentwicklung der deutschen Sprache liegt auch im Interesse der Hochschulen. Deutsch als Wissenschaftssprache soll erneut etabliert werden. Die Bedeutung des Englischen als moderne Weltverkehrssprache wird dabei durchaus anerkannt.

6.1.2. Wertschätzung und Pflege unserer kulturellen Wurzeln

Bayern hat einen wesentlichen Teil zur deutschen Kultur beigetragen; sowohl auf dem Gebiet der bildenden Kunst wie auch in Architektur, Musik und Dichtung entstanden herausragende Kulturleistungen. Die AfD will die Wertschätzung dafür und den Stolz darauf wiedererwecken. Der äußerliche Rahmen der kulturellen Identität eines Volks ist der öffentliche Raum, der durch die Kulturlandschaft und die Ortsbilder geprägt wird. Die Gestaltung dieses Raums nach den eigenen Vorstellungen und Werten ist Zeichen der Freiheit und Souveränität, die ein Volk für sich beansprucht.

Bayerische Volkskultur und Kultureinrichtungen sind verstärkt zu fördern. Die Landschaftsplanung soll kulturgezogen erfolgen, indem regionale Baustile wieder zur Selbstverständlichkeit werden und die historische Bausubstanz in den Dörfern und Städten erhalten wird.

Der Bau von Minaretten, die ohne jede Ausnahme ein Symbol des islamischen Herrschaftsanspruchs darstellen, ist zu unterbinden. Das Tragen einer Burka steht dem bisherigen menschlichen Umgang in Bayern entgegen und widerspricht der abendländischen Weise des freien und offenen Zusammenlebens. Wir wenden uns daher gegen eine Islamisierung des öffentlichen Raums: keine Minarett, keine Muezzinrufe und keine Vollverschleierung.

Der Islam als politische Ideologie ermöglicht unter dem Deckmantel der Religion keine kritische Auseinandersetzung mit seinen Inhalten. Ihm darf deshalb kein Platz an den bayerischen Bildungseinrichtungen eingeräumt werden. Der Islamunterricht an bayerischen Schulen soll daher abgeschafft bzw. seine Neueinführung verhindert werden. Muslimische Feiern, verpflichtende Moscheebesuche, Diskussionen mit Imamen oder das Lernen von Koransuren gehören in die Privatsphäre und haben an bayerischen Schulen nichts verloren. Wir fordern ein ausnahmsloses

Kopftuchverbot für Lehrerinnen und Erzieherinnen im öffentlichen Dienst und in Bildungseinrichtungen unter staatlicher Aufsicht. Auch für Schülerinnen und Kinder in vorschulischen Bildungseinrichtungen soll dort ein ausnahmsloses Kopftuchverbot gelten.

Die AfD setzt sich dafür ein, dass an Bayerns Schulen ein ausgewogenes Bild der deutschen Geschichte vermittelt wird. Alle Epochen sind dabei angemessen zu vermitteln. Die Kenntnis der deutschen Geschichte in ihrer ganzen Breite ermöglicht die Identifikation mit den positiven Ausprägungen der eigenen Kultur. Ein breites historisches Wissen umfasst u. a. das Mittelalter, die frühe Neuzeit mit dem deutschen Humanismus und der Reformation, aber auch die Deutschland lange Zeit prägende Epoche des Dreißigjährigen Kriegs.

Ebenso sollte die kulturelle Blüte während der Aufklärung und des deutschen Idealismus sowie während des 19. und frühen 20. Jahrhunderts nahegebracht werden, das das Ringen der Deutschen für Demokratie, freie Meinungsäußerung und Gedankenfreiheit umfasst. Bei der Darstellung der nationalsozialistischen Schreckensherrschaft und ihrer bis heute andauernden Folgen ist auch die Rolle des Einzelnen in einem totalitären Staat zu behandeln, um

den Wert individueller Freiheiten zu erfahren. Die angemessene Würdigung des Schicksals der Opfer, unter ihnen Millionen deutscher ziviler Opfer, ist uns ein Anliegen. Besonders sollte auf das Schicksal der Heimatvertriebenen und Aussiedler eingegangen werden. Die AfD bekennt sich zur Versöhnung und zum Frieden und fordert daher, keine Opfer zu vergessen. Vielmehr ist ihr Andenken die Basis für eine ehrliche und wirkliche Aussöhnung.

6.2. Schulen und Hochschulen als Orte der Bildung und des Wissenserwerbs

Neben dem Erwerb eines angemessenen Wissensniveaus in Breite und Tiefe in den Bereichen Mathematik, Deutsch, Fremdsprachen, Natur- und Geisteswissenschaften wie auch der kulturellen Allgemeinbildung liegt das Ziel in der Heranbildung verantwortungsbewusster freier junger Menschen für ein demokratisches Gemeinwesen. Wir wollen freie Bürger, keine Untertanen und lehnen daher die Tätigkeit und Einflussnahme politischer Lobbyorganisationen an Schulen und Kindergärten ab – ob privat- oder steuerfinanziert. Einseitige Darstellungen, vorgefertigte Meinungen oder politische Beeinflussung haben an Bil-

dungseinrichtungen nichts verloren. Inhalte sollten kritisch hinterfragt werden dürfen. Deswegen sind wir gegen Suggestivtechniken, die der Indoktrinierung dienen, an bayerischen Bildungseinrichtungen oder staatlich vorgegebene Darstellungen in Schul- und Lehrmedien, aber auch bei schulischen Ausstellungsbesuchen und Theatervorführungen. Insbesondere wenden wir uns gegen die politische Indoktrination durch Vorgaben von Europäischer Union, Landes- und Bundesministerien und anderen Institutionen. Alle bayerischen Schüler sollen ihre politische Meinung frei bilden dürfen.

Entschieden lehnen wir Aufrufe zu einseitigem „Kampf gegen Rechts“ an Schulen oder bei schulnahen Veranstaltungen ab, wie sie immer wieder mit Unterstützung von linken bis linksradikalen Organisationen erfolgen. Verstöße gegen die Neutralitätspflicht der Behörden und der Lehrer und Erzieher an bayerischen Bildungseinrichtungen sind zu ahnden.

Das Wirken der Initiative „Schule mit Courage – Schule ohne Rassismus“ an bayerischen Schulen als bundesweites Indoktrinationsnetzwerk ist umgehend und ersatzlos zu beenden.

6.2.1. Die AfD fordert die Beibehaltung und den Ausbau des viergliedrigen Schulsystems

Die AfD Bayern tritt für ein viergliedriges Schulsystem ein. Dies besteht neben der Grundschule aus der Mittelschule (früher: Hauptschule), der Realschule, dem Gymnasium und der Förderschule. Trotz der sehr begrüßenswerten Durchlässigkeit des bayerischen Bildungssystems zwischen den Schultypen ist bei einem Wechsel der Schulform stets auf das Leistungsprinzip als wesentliche Voraussetzung zu achten. Daher setzt sich die AfD Bayern dafür ein, den Übertritt an Realschulen und Gymnasien an Leistungsprinzipien auszurichten und neu zu regeln: Als wesentliches Kriterium für die Übertrittsmöglichkeit sollen daher bayernweit einheitliche Prüfungen erfolgen.

6.2.2. Wir sprechen uns gegen eine verpflichtende Ganztageschule aus

Ganztageschulen sind nur eine Option, aber nicht Verpflichtung für diejenigen Eltern, die ihrem grundgesetzlichen Recht und der Verpflichtung als „erstinstanzliche Erzieher“ ihrer Kinder nachkommen können und wollen.

Ganztageschulen sind als eine Hilfe zur Lebensplanung geeignet, sie dürfen aber nicht zur Regel werden. Die bayerische AfD spricht sich daher gegen eine verpflichtende Ganztageschule aus.

6.2.3. Ideologisch motivierte Inklusion beenden

An Bayerns Schulen herrschen durch eine ideologisch motivierte und betriebene Inklusion zum Teil unhaltbare Zustände: So werden durch eine sinnfreie Integration von verhaltensauffälligen bzw. minderbegabten Schülern in ungeeignete Schulformen die Vermittlung des Lernstoffs und die Förderung der regulär in diesen Klassen sitzenden Kinder vereitelt.

Die bisherige gezielte Förderung in speziellen Schulen war dagegen eine Erfolgsgeschichte. Die bayerische AfD möchte deshalb die Förderschulen als vierten Pfeiler des bewährt mehrgliedrigen bayerischen Schulsystems stärken und wo nötig ausbauen. An erster Stelle sollte immer das Wohl aller Schüler und auch der Lehrer stehen.

Aus diesem Grund unterstützt die bayerische AfD auch die gezielte Förderung hochbegabter Kinder, die in Regelschulen häufig unterfordert sind und deshalb oftmals verhaltensauffällig werden. Auch diese Kinder haben das Recht, angemessen gefördert zu werden. Statt einer Nivellierung fordern wir daher eine spezifische Förderung von Hoch- und Minderbegabten.

6.2.4. Die AfD steht für eine altersgemäße Sexualerziehung ohne Gender-Ideologie

Aus der UNO kommend manifestierte sich das sogenannte Gender-Mainstreaming in der EU und wird auf dieser Basis auch in Bayern umgesetzt. Umfangreiche Mittel aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF) für die Gleichstellung von Frauen und Männern standen und stehen dafür zur Verfügung – ohne jede Beteiligung der Bürger an der Haushaltskontrolle. Die AfD Bayern fordert, dass in allen bayerischen Bildungsinstitutionen und den zugehörigen Behörden sämtliche Aktivitäten des Gender-Mainstreaming einzustellen sind. Insbesondere sind auch politisch motivierte Eingriffe in den öffentlichen Sprachgebrauch zu unterbinden, wie Binnen-I, Schluss-x und Gender-*.

Statt der immer weiteren Durchdringung der Gesellschaft mit der Gender-Ideologie ist das bewährte traditionelle Familienbild zu stärken. Für die bayerische AfD hat das Kindeswohl die höchste Priorität: Die Indoktrination der Kinder und Jugendlichen durch Frühsexualisierung und die damit verbundenen psychischen und körperlichen Eingriffe in die freie sexuelle Entwicklung sind zu beenden.

Als fächerübergreifende „Sexualpädagogik der Vielfalt“ wird diese Ideologie auch in die Schulen getragen. Deren Methoden und Inhalte verletzen das Schamgefühl von Kindern, weil sie z. B. für Zwölfjährige nicht nachvollziehbare Sexualpraktiken definieren oder über Dienstleistungen informieren. Diese verfehlte Pädagogik ermöglicht Übergriffe und leistet einer Frühsexualisierung Vorschub. Eine bewusste Verunsicherung von Kindern und Jugendlichen in ihrer sexuellen Identität, den Einsatz schulfremder Aktivisten sowie die Vermittlung „erotischer Erfahrungen“ lehnen wir ab. Die AfD steht für die Achtung der Menschenrechte und damit auch des gesetzlich garantierten Rechts der Eltern auf Erziehung ihrer Kinder gemäß den eigenen weltanschaulichen Überzeugungen, soweit diese auf dem Boden des Grundgesetzes stehen.

6.2.5. Ausbau des Schulsports und Stärkung der Sportvereine

Die gesellschaftliche Entwicklung führt zu einem starken Wandel vor allem im Kinder- und Jugendsportbereich, sowohl in der Schule als auch in den Vereinen. Schulsport findet kaum noch statt. Die notwendigen Freizeit- und Erholungsphasen für Schüler werden immer weniger. Jedoch werden die Auswirkungen durch den Bewegungsmangel auf die geistige und körperliche Gesundheit unserer Kinder immer sichtbarer. Sportliche Aktivität muss in den Schulen wieder mehr an Bedeutung gewinnen, da diese zur Verbesserung der schulischen Leistung beiträgt, das Selbstbewusstsein und die Persönlichkeit stärkt, Teamgeist und Fairness fördert – sowohl im normalen Unterricht, als auch am Nachmittag im Rahmen der Ganztagsbetreuung. Hierzu ist eine verstärkte Kooperation von Schule, offener Ganztagsbetreuung und Sportvereinen notwendig.

6.2.6. Höhere Wertschätzung von Ausbildungsberufen - Stärkung der dualen Ausbildung

Die politisch motivierte Inflation akademischer Abschlüsse birgt das Risiko eines gravierenden Qualitätsverlusts.

Die AfD setzt auf Qualität bei der Hochschulausbildung und lehnt vorgegebene Erfolgsquoten ab. Wir setzen uns deshalb für die Wertschätzung nichtakademischer Ausbildungen und handwerklicher Berufe ein. Das duale Ausbildungssystem mit Gesellen- und Meisterbrief, der inzwischen auch das Hochschulstudium ermöglicht, ist ein wichtiger Erfolgsfaktor Bayerns. Dieses System ist weiter zu stärken und auszubauen. Unsere Schülerschaft zeigt die verschiedensten Begabungen, die es wertzuschätzen und zu fördern gilt. Die einseitige Propagierung der akademischen Ausbildung ist nicht sinnvoll. Das deutsche duale Berufsausbildungssystem ist aufgrund seiner Leistungsfähigkeit international anerkannt.

6.2.7. Wir wollen das Abitur wieder zum Ausweis der Studierfähigkeit machen

Die Inflation der guten Noten hat in den vergangenen Jahren dazu geführt, dass viele Schüler ein Abitur erhielten, obwohl ihre Leistungsfähigkeit den Anforderungen eines Hochschulstudiums nicht entspricht. Deshalb müssen die Anforderungen zur Erlangung dieses Abschlusses wieder seiner Ausrichtung als Zeugnis einer umfassenden Allge-

meinbildung mit einem stärkeren Fokus auf mathematisch-naturwissenschaftlichen Fächern im Gymnasium werden. Der deutschen und europäischen Geistesgeschichte, insbesondere der Literatur, der Geschichte, der Philosophie, der bildenden Künste und der Musik ist ebenfalls ein wichtiger Platz in der gymnasialen Bildung einzuräumen. Ein aussagekräftiges Abitur bringt wieder Klarheit über das Leistungsvermögen und die Eignung der Abiturienten. Letztlich verringert das die Studienabrecherquoten und entlastet die Universitäten.

Deutsch ist als Lehr- und Wissenschaftssprache zu fördern und darf nicht durch Englisch verdrängt werden. Es darf keine ideologischen Eingriffe in die akademische Sprachkultur wie das „Gendern“ geben.

Wir fordern die Rückkehr zu Diplom, Magister und Staatsexamen als Regelabschlüsse mit Unterteilung in Grund- und Hauptstudium, um die ehemals hervorragende Qualität der deutschen Forschung und Lehre wiederherzustellen. An bayerischen Hochschulen müssen in Zukunft Diplom-, Magister oder Staatsexamen angeboten werden, Bachelor- und Masterstudiengänge sollen auslaufen.

6.3. Einheit und Freiheit von Lehre und Forschung

Forschung und Lehre sollen nach wissenschaftlichen Kriterien ergebnisoffen, neutral und unter Einbeziehung aller Argumente und Wissenschaftler gestaltet werden. Wir fordern das Einstellen ideologisch motivierter Forschungszweige, wie der Gender-Forschung und einseitig betriebener Klimaforschung. Die Abhängigkeit von Drittmitteln – und damit die unkontrollierte Einflussnahme von außen – ist durch Aufstockung der Eigenmittel und bedarfsabhängige Mittelvergabe zu reduzieren.

Die AfD Bayern strebt die Gliederung der Hochschultypen in Universitäten mit ausschließlich Promotionsrecht, Fachhochschulen für die wirtschaftsnahe Ausbildung und pädagogische Hochschulen für die besonderen Anforderungen des Lehramts an. Die Hochschulen sollen ihre Studenten nach eigenen Kriterien auswählen dürfen. Durch die Stärkung der Autonomie und Leistungsfähigkeit der Hochschulen durch eine deutlich höhere Grundfinanzierung und Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen für Wissenschaftler soll Deutschland wieder einen führenden Platz in der weltweiten Wissenschaft einnehmen.

6.4. Beamtenstatus bei Lehrkräften abschaffen

Die bayerische AfD fordert langfristig die Abschaffung des Beamtenstatus bei Lehrkräften und die Einführung von Leistungsanreizen im Schuldienst, welche durch variab le Gehaltsbestandteile im Vergütungssystem geschaffen werden können. Der Beamtenstatus kann falsche Anrei ze schaffen und sich negativ auf die Arbeitseinstellung auswirken. Es fehlt nach der Verbeamtung an einer aus reichenden Leistungskontrolle. Durch die praktische Un kündbarkeit der Beamten ist eine beständige Leistungsein forderung kaum zu realisieren.

6.5. Vermeidung von Unterrichtsausfall

Durch den Lehrermangel und die zusätzliche Notwendig keit von Sprachunterricht für die in den letzten Jahren il legal in unser Land gekommenen Einwanderer gibt es an bayerischen Schulen immer mehr Unterrichtsausfall, wobei insbesondere das Fach „Deutsch“ betroffen ist.

Zum Wohl unserer Kinder hat die Bayerische Staatsregie rung dieser Entwicklung entgegenzusteuern. Neben der

verstärkten Neueinstellung und den seit dem letzten Jahr geltenden Beschränkungen bei den Frühpensionierungen von Lehrern ist darauf zu achten, dass die Unterrichtung von erwachsenen Einwanderern, aber auch die Fort- und Weiterbildung von Lehrern, außerhalb der regulären Unterrichtszeiten erfolgt und dem Unterricht an bayerischen Schulen in jedem Fall Vorrang eingeräumt wird.

6.6. Wettbewerb im Bildungssystem

Kinder werden je nach Wohnort Kindergärten und Schulen nach deren Einzugsbereich zugewiesen. Wechsel sind kaum möglich oder nur mit bürokratischen Hürden ver bunden. Durch fehlende oder geringe Wahlmöglichkeit unter Einrichtungen entstehen Fehlanreize. Die AfD Bay ern fordert für Eltern die freie Wahlmöglichkeit unter Bil dungseinrichtungen gleicher Art, sofern diese freie Plätze anbieten können. Werden Kosten der Einrichtungen von der Kommune getragen, so erstattet die Wohnort-Kommune der Kommune, die die gewählte Einrichtung trägt, einen angemessenen Kostenausgleich. Höhere Schulweg kosten gehen zulasten der Eltern, sodass dem Steuerzahler kein Mehraufwand entsteht.



KAPITEL 7

Umwelt, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

Die grasenden Kühe auf den Almwiesen gehören genauso zur bayerischen Erholungslandschaft, wie die fränkischen Rebstöcke der Mainschleife und der prächtige Ackerbau in den Gauen unseres Freistaats. Die bayerische Landwirtschaft pflegt, erhält und gestaltet unsere schöne bayerische Kulturlandschaft. Die bayerischen Schlösser, Burgen, Dörfer und Städte bilden zusammen mit der bäuerlich geprägten Landschaft ein einzigartiges und unverwechselbares Ganzes.

7.1. Keine Enteignung zulasten der Landwirtschaft

Deutschland ist sehr dicht besiedelt und der Bevölkerungszuwachs in den Städten schreitet voran. Dies führt zu Wohnungsknappheit und zwangsläufig zur Ausweitung der Städte auf benachbarte landwirtschaftliche Flächen.

Auch für die Ausweisung von Gewerbegebieten und zum Bau von Straßen werden den Landwirten immer wieder Flächen entzogen. Des Weiteren werden Flächen für FFH-Gebiete (gemäß der Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie) und zum Schutz vor Hochwasser ausgewiesen.

Bauliche Eingriffe in Natur und Landschaft sind soweit wie möglich zu minimieren. Innenentwicklung, Flächenreaktivierung, Flächenentsiegelung und Baulückenschließung sind einem Bauen auf der „grünen Wiese“ vorzuziehen. Gesetze, die eine schnelle Enteignung landwirtschaftlicher Flächen zulassen, sind wieder aufzuheben. Unser Ziel ist der Erhalt der ländlichen bayerischen Kulturlandschaft.

Bei der Durchführung einer städtebaulichen Entwicklungsmaßnahme (SEM) werden die Grundstückspreise auf niedrigem Niveau „eingefroren“. Des Weiteren hat die Gemeinde ein Vorkaufsrecht und Grundstückseigentümer können unter Zuhilfenahme der Bebauungspläne enteignet werden.

Sollte die städtebauliche Entwicklungsmaßnahme in München gelingen, wird es für andere Städte oder Gemeinden ein Leichtes sein, diese Maßnahme ebenfalls anzuwenden und somit günstig an Äcker und Wiesen der Landwirte zu gelangen.

Sollten dennoch als letzte Maßnahme Flächen enteignet werden, fordert die AfD eine Entschädigung der Eigentümer in Höhe der aktuellen regionalen Preise.

7.2. Nachhaltigkeit für die forstwirtschaftliche Zielsetzung

Der Wald braucht Zeit und Kontinuität. Zum Beispiel ist eine Fichte nach etwa 80 bis 90 Jahren erntereif, eine Eiche erst nach 200 bis 300 Jahren. Um einen gesunden Wald unter den unterschiedlichen Aspekten der Ökonomie, Ökologie und Erholung zu erhalten, braucht es langfristige Ziele durch zukünftige Waldbesitzer- und Förstergenerationen.

Zugunsten einer nachhaltigen Bewirtschaftung und zur Sicherung der bayerischen Wälder setzt sich die AfD für eine Förderung des Baumaterials und Energieträgers Holz ein. Wir stehen für den Abbau der ausufernden Bürokratie in der Forstwirtschaft und sprechen uns gegen nicht-staatliche Pseudo-Nachhaltigkeitszertifikate aus. Die Schaffung weiterer Nationalparks, die mit der Stilllegung forstwirtschaftlicher Flächen verbunden ist, lehnen wir ebenso ab wie das Abholzen unserer Wälder zur Errichtung von Windkraftanlagen.

Der Wald in seiner heutigen Form mit seinem Baum- und Tierbestand, ist das Ergebnis einer generationenüberdauernden Bewirtschaftung.

In den letzten Jahren wird von selbst ernannten Umweltschutzorganisationen versucht, den Wald als politisches Instrument zu missbrauchen. Die derzeitige Landesregierung gibt anscheinend aus Sorge vor einer Auseinandersetzung mit grünen Lobbyverbänden immer mehr altbewährte Positionen auf. Dadurch wird die langfristige Zielsetzung einer multifunktionellen Forstwirtschaft gefährdet.

7.2.1. Weniger Brüssel - mehr Bayern - NERC

Im Oktober 2015 wurde in Brüssel die Richtlinie NERC (Richtlinie über Nationale Emissionsreduktionsziele, National Emission Reduction Commitment) zur Verringerung der nationalen Emissionen gewisser Luftschadstoffe verabschiedet. Als Luftschadstoff wird hier unter anderem Ammoniak definiert, der auch von Schweinen und Rindern ausgeschieden wird.

Deutschland möchte mit einem Minderungsziel von 29 % bei Ammoniak Spitzenreiter sein; der Durchschnittswert der teilnehmenden Staaten liegt bei 18 %. Es wird befürchtet, dass die Umsetzung der Richtlinie das Höfesterben in der Landwirtschaft weiter beschleunigt.

Die AfD fordert, die NERC-Berechnungsgrundlagen offen zu legen und einer kritischen und faktenbasierten Prüfung zu unterziehen. Die AfD setzt sich für den Erhalt der bäuerlichen Familienbetriebe in Bayern ein.

7.2.2. Effektiver Naturschutz - biologische Vielfalt erhalten, biologische Vielfalt gestalten

Der Naturschutz hat seine Ziele nicht erreicht. Der Arten schwund und das Insektensterben gehen weiter.

Im Offenland fehlen Blühflächen und Brachen, die land wirtschaftlich nicht oder nur extensiv genutzt werden. Selbst biologisch bewirtschaftete Felder bieten nur wenig Lebensraum für Insekten und Vögel. Von den Greening Maßnahmen (Grasuntersaat, Anbau von Zwischenfrüchten, ökologische Vorrangflächen, Fruchtartenvielfalt) in der Landwirtschaft, die von der EU gefördert werden, haben nur drei von zehn möglichen Maßnahmen einen positiven Effekt. Die Förderung muss auch an den Nutzen für die Natur angepasst werden. Maßnahmen gegen die rapide Ausbreitung gebietsfremder Arten, die heimische Arten verdrängen, müssen erarbeitet und umgesetzt werden.

7.3. Tierwohl ist Verbraucherschutz

Die AfD steht für eine konsequente Umsetzung der Tierschutzgesetze im Sinne unserer Verantwortung für Tiere als fühlende Mitgeschöpfe.

Wir wollen in der Nutztierhaltung artgerechte Haltungs systeme fördern, die an die Tierart angepasst sind, und nicht umgekehrt. Nicht-heilende Eingriffe wie das Kupieren von Schwänzen oder das Schnabelkürzen, die ausschließlich dem Preisdruck der Lebensmittelindustrie geschuldet sind, lehnen wir ab.

Wir fordern neben einer beständigen Anpassung der Tierschutzverordnungen an den neuesten Stand die Schaffung eines gesetzlich verbindlichen Kennzeichnungssystems für Haltungskonzepte, die deutlich über das bisherige gesetzliche Mindestmaß hinausgehen. Nur diese geben den Kunden die Möglichkeit, tiergerechtes Engagement der teilnehmenden Landwirtschaftsbetriebe zu honorieren.

Artgerechte Nutztierhaltung umfasst auch den Transport auf kurzen Distanzen zum nächstmöglichen Schlachthof. Nur in tierartgerechter Haltung können sich robuste und gesunde Nutztierbestände entwickeln. Diese tragen durch

eine Verminderung des erforderlichen Antibiotika-Einsatzes erheblich zur Vermeidung multiresistenter Keimbildung bei.

7.3.1. Verbot des betäubungslosen Schlachtens

Das betäubungslose Schlachten von Tieren ist aus tier schutzrechtlicher Sicht nicht mit der Ausübung des Glaubens zu rechtfertigen und strikt abzulehnen. Eine Ausnahmegenehmigung ist nicht zu rechtfertigen und die notwendige Streichung des § 4 Abs. 2 des Tierschutz gesetzes muss vollzogen werden. Die AfD lehnt auch das Schächten mit vorheriger Elektrokurzzeitbetäubung ab, da dabei die Tiere während des Halsschnittes nur kurzzeitig betäubt, jedoch während des Ausblutens wieder bei Bewusstsein sind.

7.3.2. Wölfe, Biber, Kormorane, Landwirte, Teichwirte, Weidetiere

Die Wiederbesiedlung der Reviere mit ehemals ausgestorbenen Wildtieren ist ein gutes Zeichen für eine aktive und

gesunde Umwelt. Wenn Wölfe Schafe reißen, Biber Wiesen überfluten und Kormorane Fischteiche leerfischen, kommt es aber zu Interessenskonflikten. Die AfD fordert, dass Schäden durch Wildtiere unbürokratisch durch Geldleistungen zu ersetzen sind. Über die Kombination aus aktivem Wildtiermanagement und artenschutzrechtlicher Ausnahmeverordnung (AAV) sollen problematische Wildtierbestandsgrößen regional und zeitnah überwacht und korrigiert werden. Das Ziel ist die Balance zwischen den Ansprüchen von Wildtieren und den Interessen der Landwirte und Teichwirte.

7.4. Ernährungslehre an Bildungseinrichtungen mit Schwerpunkt gesunde Ernährung

Kinder und Jugendliche lernen oft innerhalb ihrer Familien nicht mehr, sich mit gesunden Speisen zu versorgen bzw. diese selbst zuzubereiten.

Die AfD tritt dafür ein, dass die Ernährungslehre verstärkt praxisorientiert an Bildungseinrichtungen vermittelt wird, um Gesundheitsvorsorge und gesunde Ernährung zu fördern. Die AfD setzt sich verstärkt dafür ein, dass pädagogische Projekte im Bereich der theoretischen und praktischen Ernährungslehre auf Basis jüngster wissen-

schaftlicher Erkenntnisse an bayerischen Schulen und Kindergärten umgesetzt werden. Kinder und Jugendliche müssen umfassende und aktuelle Informationen zu Ernährung und Gesundheit erhalten.

Wichtig sind uns dabei die Achtung von Tieren und die Wertschätzung für Nahrungsmittel. Vorgaben, wie z. B. ein Verbot von Schweinefleisch oder obligatorische „Vegan-, Vegetarier-Tage“ etc. lehnen wir ab.

7.5. Interessenausgleich und Fairness gegenüber den Landwirten

Wir lehnen jede Art von Pauschalierungen gegenüber Landwirten ab. Beide Teile der Landwirtschaft, sowohl konventionelle als auch biologische Landwirtschaft, sind wichtig für eine gesunde und bezahlbare Ernährung. Fehlentwicklungen durch falsche Marktinstrumente (Subventionen) sind dem Bauern nicht anzulasten. Die Politik muss Landwirten und ihren Nachfolgegenerationen Möglichkeiten an die Hand geben, um ihre wirtschaftliche Überlebensfähigkeit zu sichern. Der Bauer als Unternehmer ist nicht nur Produzent von Nahrungsmitteln. Er erhält un-

sere Kulturlandschaft, Wälder und Wiesen in der jetzigen Form. Die AfD in Bayern möchte Ökologie und Ökonomie vereinen.

7.5.1. Freier Tausch und Handel mit Saatgut alter Sorten

Die bayerische AfD fordert, dass Handel, Tausch und Vermehrung alter Sorten, die keinem Sortenschutz unterliegen, aus dem Saatgutverkehrsgesetz ausgenommen werden. Alte Kultursorten gehören zum kollektiven Eigentum der Menschheit. Alte Kultursorten erhöhen die Vielfalt unserer Nahrungsmittel und steigern die Sortenvielfalt für Landwirte, Gärtner und Verbraucher.

7.5.2. Weiterer Bestandsschutz der Anbindehaltung in Milchviehbetrieben

Die Debatte um ein Verbot der Anbindehaltung wird immer dringlicher diskutiert, sodass es sogar vorkommt, dass die Milch aus Anbindebetrieben nicht mehr abgenommen wird. Ausgelöst wird dies durch eine unsachgemäße

Verbraucherinformation, wonach die Anbindehaltung als Tierquälerei gebrandmarkt und somit ein Verbot der Anbindehaltung mit zunehmendem Druck der Verbraucher eingefordert wird. Dieser Vorwurf ist aber bei näherer Be trachtung der Sachlage vielfach unbegründet und bedarf einer gründlicheren Aufklärung.

7.6. Tierschutz statt Aktionismus - Jagd stärken

Um eine gesellschaftliche Akzeptanz der Jagd in der Bevölkerung zukunftsfähig zu gestalten und auszubauen, muss der ethische Umgang mit Wildtieren bei der Jagdausübung selbstverständlich sein.

Wir fordern Augenmaß bei der Prävention von Tiererkrankungen wie der Vogelgrippe oder aktuell der afrikanischen Schweinepest (ASP).

7.7. Größere Artenvielfalt bei Energiepflanzen

Die AfD Bayern möchte beim Energiepflanzenanbau zur Gewinnung von Strom eine größere Artenvielfalt, um Fruchtfolgen mit erhöhtem Maisanbau aufzulockern.

7.8. Artenvielfalt statt Nationalpark

Die Debatte um einen dritten Nationalpark in Bayern will nicht verstummen. Bei ersten vorsichtigen Anfragen in den betroffenen Landkreisen herrscht wenig Begeisterung für einen weiteren Nationalpark. Ein Nationalpark vor der Haustür bedeutet erhebliche Einschnitte und Probleme für die Land- und Forstwirtschaft. Die Naturschutzverbände sprechen sich hingegen positiv für einen weiteren Nationalpark aus, obwohl das der Biodiversität (Artenreichtum, Vielfalt der Ökosysteme) widerspricht.

Die AfD Bayern spricht sich gegen einen weiteren Nationalpark in Bayern aus, weil kein geeigneter Standort ersichtlich ist.

Naturparks oder Biosphärenreservate bieten einen weitaus besseren Schutzgebietsrahmen für eine hohe Biodiversität der Flora und Fauna. Durch die Kleinteiligkeit dieser Naturparks und Biosphärenreservate wird zudem eine bayernweite Vernetzung geschaffen. Für die Bevölkerung, die Holzwirtschaft und den Tourismus wird dadurch ein höherer Wert erzielt.



KAPITEL 8

Gesundheitspolitik für Bayern

Das Gesundheitssystem in Deutschland steht vor großen politischen Herausforderungen. Ein Programm von vorbeugenden Gesundheitsmaßnahmen ist einer kurativen Behandlung immer vorzuziehen. Die AfD Bayern fordert, die Leistungsfähigkeit des Gesundheitssystems zu erhalten. Die Wahlfreiheit der Behandlungsmethoden ist dem Bürger zu überlassen.

Unser Ziel ist es, die Gesundheitspolitik ideologisch zu entschlacken.

8.1. Krankenhäuser der Grund- und Regelversorgung erhalten

Die zunehmende Ökonomisierung der stationären Medizin mit dem DRG-System und dem Ausverkauf kommunaler Krankenhäuser an gewinnorientierte private Klinikketten hat sich als ein Irrweg herausgestellt. Andererseits werden immer mehr kommunale Kliniken aus Kostengründen ganz oder teilweise (Abteilungen wie Notaufnahmen oder Geburtsstationen) geschlossen.

Die AfD Bayern setzt sich mit Nachdruck dafür ein, dass vor allem Krankenhäuser der Grund- und Regelversorgung in ländlichen Gebieten Bayerns in kommunaler Hand ver-

bleiben und erhalten werden. Der Freistaat muss hier in verstärktem Maß seinen gesetzlich vorgegebenen Finanzierungs- und Investitionsverpflichtungen nachkommen.

8.2. Ambulante Versorgung auf dem Land sicherstellen

Überalterung der Hausärzte und gleichzeitiger Nachwuchsmangel gefährden die hausärztliche Versorgung, insbesondere in ländlichen Gebieten. Die AfD Bayern setzt sich dafür ein, dass in den betroffenen ländlichen Gebieten die Attraktivität einer hausärztlichen Praxis durch Anreize und Bürokratieabbau gesteigert wird. In Landkreisen und Kommunen, in denen die Kassenärztliche Vereinigung die Sicherstellung der ärztlichen Versorgung nicht mehr garantieren kann, müssen Kommunen und Landkreise den Sicherstellungsauftrag übernehmen.

8.3. Zulassung für ausländische Ärzte durch gleichwertigen Sprach- und Fachkundenachweis regeln

Durch Anerkennungsverfahren mit Drittstaaten ist die Gleichwertigkeit der Ausbildung ausländischer Ärzte gän-

gige bestehende Praxis. Doch in letzter Zeit hat sich herausgestellt, dass diese Nachweise auch auf dem „freien Markt“ erhältlich und käuflich zu erwerben sind. Gerade durch fehlende bzw. verloren gegangene und im Heimatland nicht mehr verfügbare Nachweise sind dabei hier dem Missbrauch Tür und Tor geöffnet.

Die AfD Bayern fordert daher für ausländische Ärzte, die in Bayern eine Approbation beantragen, zusätzlich zum Nachweis ausreichender Sprach- und Fachsprachkenntnisse eine obligatorische Kenntnisprüfung zur Feststellung der fachlichen Eignung.

8.4. Korruption im Gesundheitswesen bekämpfen und Lobbyismus transparent machen

Die AfD Bayern fordert, das bestehende Antikorruptionsgesetz konsequent anzuwenden und die Verbesserungsvorschläge des Bundesrats dazu umzusetzen. Wir sind für eine regelmäßige Aktualisierung und Veröffentlichung des Lobbyismus-Registers, um übermäßige Einflussnahmen zu unterbinden.

8.5. Vergütung für pflegende Angehörige adäquat anpassen

Pflegende Angehörige leisten einen wesentlichen Beitrag zum würdigen Altern. Oftmals mit einem erheblichen finanziellen Aufwand bzw. Verlust. Dem wollen wir entgegenwirken. In einer Zeit in der Pflegepersonal knapp und stationäre Pflege kostenintensiver wird, ist es unumgänglich, dass Menschen so lange wie möglich im häuslichen Umfeld verbleiben können.

Die AfD Bayern setzt sich dafür ein, dass pflegende Angehörige einen finanziellen Ausgleich (Sachleistungsniveau) für ihr Engagement in der Betreuung pflegebedürftiger Familienmitglieder im häuslichen Umfeld erhalten. Dieser Ausgleich soll die Betroffenen in die Lage versetzen, ihren Aufwand zu kompensieren sowie im Bedarfsfall Pflegeleistungen von einem Drittanbieter abzurufen.

8.6. Pflege in Krankenhäusern und Seniorenheimen signifikant verbessern

Aufgrund des Pflegepersonalmangels ist es nicht nur zu Schließungen von ganzen Abteilungen in Krankenhäusern gekommen – insbesondere von Geburtsstationen – und somit zu einer Gesundheitsgefährdung durch weitere Anfahrtswege, sondern auch die Belastung des verbleibenden Personals nimmt ständig zu. Hier muss konsequent gegengesteuert werden.

Die AfD Bayern setzt sich für eine hochwertige und menschenwürdige Betreuung und Pflege in stationären Einrichtungen ein. Wir wollen die Qualität der Pflegeausbildung erhöhen sowie die Arbeitsbedingungen für das Pflegepersonal mit aufwandsgerechten Personalschlüssen, Aufstiegsmöglichkeiten und Vergütungen attraktiver gestalten.

8.7. Palliativmedizin ausbauen

Jeder Bürger, dessen Leben zu Ende geht, hat ein Recht darauf, mit möglichst wenig Schmerzen, Angst und Leid zu sterben. Wir werden das palliativmedizinische Angebot

in Kliniken, Hospizen und im häuslichen Umfeld nachhaltig fördern und weiter ausbauen. Dazu bedarf es einer flächendeckenden palliativmedizinischen Versorgung mit Vernetzung und einem ganzheitlichen Konzept, damit Menschen in Würde auch in ihrem gewohnten Umfeld sterben können.

8.8. Das Berufsbild des Heilpraktikers erhalten und mehr Selbstbestimmung bei der Therapiewahl ermöglichen

Als Dienstleister im Gesundheitswesen bietet der Heilpraktiker gerade im ambulanten Bereich eine wertvolle Ergänzung zur schulmedizinischen Versorgung und trägt dadurch zum Erhalt der natur- und erfahrungs-heilkundlichen Therapievielfalt bei.

Die AfD Bayern setzt sich dafür ein, dass das in Deutschland tief verwurzelte Berufsbild des Heilpraktikers erhalten bleibt. Für mehr Selbstbestimmung bei der Therapiewahl sollen die gesetzlichen Krankenkassen ähnlich den privaten Krankenkassen die Kosten solcher Therapien anteilig übernehmen können.

8.9 . Freie und unabhängige staatliche Gesundheitsforschung in allen Bereichen fördern

Auch im Gesundheitswesen orientieren sich privatwirtschaftlich geführte Betriebe bei der Auswahl ihrer Forschungsobjekte an deren späterer Verwertbarkeit durch urheberrechtlichen Schutz (Patente). Wirtschaftlich nicht lukrative Verfahren und Wirkstoffe, denen in kleinen Feldversuchen bzw. rein empirischen Erhebungen eine medizinische Wirkung zugeschrieben werden konnte, haben deshalb in der Regel keine Chance, als „Heilmethode“ bzw. „Heilmittel“ anerkannt zu werden. Die dafür notwendigen und kostenintensiven Zulassungsverfahren (Studien sowie die damit verbundene „wissenschaftliche Expertise“) werden ohne entsprechenden Antragsteller nicht durchlaufen.

Die AfD Bayern setzt sich dafür ein, dass gerade solche Verfahren und Heilmittel neutral und wertfrei durch staatliche Einrichtungen erforscht und bei Eignung in den Leistungskatalog der Krankenkassen aufgenommen werden, um das medizinische Angebot zur Gesundheitsförderung für die Menschen zu erweitern und zu optimieren.

8.10. Rechtsanspruch „REHA vor PFLEGE“ abschaffen

In zunehmendem Maß werden bei Patienten, die berechtigterweise eine Pflegegradeinstufung beantragt haben, durch den medizinischen Dienst lediglich REHA-Empfehlungen ausgesprochen, die in vielen Fällen aus medizinischer Sicht gar nicht sinnvoll sind, jedoch von allen Krankenkassen per Gesetz umgesetzt werden müssen.

Die AfD setzt sich dafür ein, dass Bürgerinnen und Bürger nicht automatisch per Gesetz zu einer stationären REHA gezwungen werden können, wenn sie eine körperliche Begutachtung durch den medizinischen Dienst für eine Pflegegradeinstufung erhalten.

8.11. Anschluss-Heilbehandlung ohne Fristen ermöglichen

Die AfD setzt sich dafür ein, dass unsere Bürger nach stationären Krankenhausaufenthalten infolge von Operationen oder Erkrankungen, die medizinisch einer stationären

Anschluss-Heilbehandlung bedürfen, direkt vom Krankenhaus aus für mindestens vier statt drei Wochen in eine REHA-Klinik verlegt werden mit der Optionsmöglichkeit einer Verlängerung.

Wenn die REHA-Fähigkeit erst zu einem späteren Zeitpunkt eintritt, dann ohne Fristen auch später.

Die Abhängigkeit von der Genehmigung durch die Krankenkasse mit Empfehlung des MdK soll per Rechtsanspruch aufgehoben werden!

Der Rechtsanspruch soll auch für REHA-Anträge nach Muster 61 gelten, die ohne vorherigen Krankenhausaufenthalt gestellt werden, wenn eine entsprechende medizinische Indikation gegeben ist.

8.12. Risiken des neuen Mobilfunkstandards 5G vor seinem flächendeckenden Ausbau wissenschaftlich neutral untersuchen

Bezugnehmend auf einen Appell von mehr als 160 Wissenschaftlern und Ärzten aus 36 Ländern, gerichtet an die EU im September 2017, setzen wir uns dafür ein, dass vor dem Ausbau der Mobilfunknetze mit der neuen Technologie 5G eine Abklärung der Risiken für die menschliche Gesund-

heit und die Umwelt durch staatliche, industrieunabhängige Forschung erfolgt.

8.13. Arbeits- und Ruhezeiten für medizinisches Personal (Opt-out) bei zusätzlichen Bereitschaftsdiensten (z. B. in der Notaufnahme) besser regeln

Bereitschaftsdienste können Arbeitszeiten von 24 Stunden und mehr generieren. In Krankenhäusern werden Ärzte regelmäßig zu Bereitschaftsdiensten während der Nachtzeiten eingesetzt und müssen davor oder am nächsten Tag ihren regulären Dienst absolvieren. Je nach Belastung (Einsatzfrequenz) gefährdet das die Gesundheit des Patienten und zudem die des diensthabenden Arztes.

Die AfD Bayern wird die Arbeits- und Ruhezeiten für Bereitschaftsdienste in der Notaufnahme neu regeln, um die Risiken für Leib und Leben der Patienten durch übermüdetes medizinisches Personal zu minimieren. Bereitschaftsdienste sollen dabei als reguläre Arbeitszeit ange rechnet werden und dürfen eine Dauer von maximal vier Stunden vor oder nach der regulären Arbeitszeit nicht überschreiten. Nach einem solchen „doppelten“ Dienst ist eine Ruhezeit von mindestens elf Stunden einzuhalten.



KAPITEL 9

Energiepolitik für Bayern

Zur Novellierung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) 2004 versprach Bundesumweltminister Trittin: „Es bleibt dabei, dass die Förderung erneuerbarer Energien einen durchschnittlichen Haushalt nur rund 1 Euro im Monat kostet – so viel wie eine Kugel Eis.“ Dies war eine völlige Fehleinschätzung und das EEG führt bis jetzt zu keiner signifikanten Reduktion der CO₂-Emissionen.

9.1. Hohe Kosten für wenig Energie aus Wind und Sonne

Der Anteil von 54 % Steuern und Abgaben am deutschen Verbraucherstrompreis macht ihn zum höchsten in der EU-28-Region, ca. 50 % über dem Durchschnitt. Die erneuerbaren Energien (EE) wurden von 2000 bis 2015 schon mit ca. 150 Mrd. Euro subventioniert, für 2016 bis 2025 wird mit weiteren 520 Mrd. Euro gerechnet. Diese 520 Mrd. Euro werden einen Vierpersonenhaushalt ca. 18.000 Euro oder durchschnittlich 150 Euro pro Monat kosten. Dies ist eine Umverteilung von Vermögen der Bevölkerung auf einige wenige Subventionsgewinner, an der sich auch der Staat nicht nur im Rahmen der Umsatzsteuer bereichert. Dabei tragen Wind und Sonne bisher nur zu 4,1

% zum deutschen Primärenergiebedarf bei. Mit Wind, Sonne und erzwungenen Einsparungen sollen die CO₂-Emissionen um 80 bis 95 %, bezogen auf 1990, entsprechend dem deutschen Klimaschutzplan bis 2050 gesenkt werden. Wegen der beschränkten Möglichkeiten der erneuerbaren Energien, insbesondere da kostengünstige Energiespeicher nicht existieren, sind massive Verbote und planwirtschaftliche Eingriffe geplant, die gesellschaftlich und volkswirtschaftlich mit der AfD nicht zu machen sind.

9.2. Netzstabilität? Milliardenkosten durch Wind- und Sonnenenergie!

Jetzt schon destabilisieren Wind- und Sonnenstrom unsere Stromnetze und verursachten allein beim für Bayern wichtigen Netzbetreiber Tennet 2017 eine Milliarde Euro Kosten für Noteingriffe zur Netzstabilisierung, die nach der Abschaltung der letzten Kernkraftwerke 2022 laut Bundesnetzagentur sogar auf bis zu vier Milliarden Euro bundesweit pro Jahr anwachsen werden.

9.3. Vorrangsbehandlung und willkürliche Subventionen verhindern Investitionen

Wir fordern, dass die Energiepolitik in Bayern und

Deutschland endlich wieder nach fairen marktwirtschaftlichen Kriterien ideologiefrei ausgerichtet wird. Die EEG-Subventionen, billige CO₂-Zertifikate und die Vorrang einspeisung teilen den Energiesektor in Subventionsgewinner, Profiteure, die alte, abgeschriebene Kohlekraftwerke mit CO₂-Zertifikaten weiter betreiben und Verlierer, wie das hochmoderne Gaskraftwerk im bayerischen Irsching mit 1,4 GW. Gebaut für die Energiewende ist es so nicht wirtschaftlich zu betreiben.

Die Trassen Südlink und Südostlink, die Strom aus dem Norden liefern sollen, sind noch bis Ende 2018 in der Fachplanung. Eine Fertigstellung ist frühestens 2025 geplant und ob und wie viel Strom in Bayern ankommt, ist wetterabhängig. Deshalb muss zur Sicherstellung einer stabilen Stromversorgung der Weiterbetrieb der sicheren bayerischen Kernkraftwerke geprüft werden und einem Umbau der Energieversorgung zwingend belastbare Machbarkeitsstudien vorangestellt werden.

9.4. Energie-Marktwirtschaft statt Strom-Planwirtschaft

Die AfD Bayern möchte den Vierklang in der Energiepolitik aus Versorgungssicherheit, Wirtschaftlichkeit, Um-

weltschutz und Akzeptanz wieder herstellen. Die Versorgungssicherheit wird gefährdet und die wirtschaftliche Grundlage, ständig Energie zu konkurrenzfähigen Preisen zu beziehen, entzogen. Unsere europäischen Nachbarn versorgen uns teuer bei Dunkelflauten mit (Atom)-Strom oder nehmen bei sonnigem, windigem Wetter unseren EE-Überschussstrom zu negativen Preisen ab. Das EEG muss zur Entlastung der Bevölkerung und zur Sicherung unseres Wohlstands und unserer Arbeitsplätze abgeschafft werden. Damit unterstützt die AfD eine Forderung der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft. Bis dahin sollen keine EE-Anlagen in bayerischen Wäldern und Schutzgebieten genehmigt werden, keine Vorrangflächen für Windenergieanlagen ohne Zustimmung der betroffenen Bürger ausgewiesen werden sowie die Beibehaltung der bayerischen 10-H-Regelung für den Abstand von Windrädern zu Siedlungen beibehalten werden. Wir unterstützen jegliche dezentrale private und betriebliche Energieversorgung. Es muss garantiert werden, dass moderne Anlagen zur Erzeugung von Wärme, Kälte und Strom für den Eigenbedarf für Bürger und Industrie abgabenfrei sind. Welche Investitionen zum Energiesparen im Haushalt, der Industrie oder dem Immobilienbestand getätigt werden, ist Sache des Eigentümers, der nach den individuellen Umständen entscheidet. Die AfD verhilft hier der Vernunft und dem



KAPITEL 10

Hightech-Land Bayern

Bürgerwillen zur Geltung.

Deutschland und damit auch Bayern steht bei der Digitalisierung im Vergleich zu anderen OECD-Ländern entgegen des „Laptop-und-Lederhosen“-Selbstbilds der Bayerischen Staatsregierung weit hinten. Schlechte Mobilfunknetzabdeckung, geringe Bandbreite auf dem Land und geringe Präsenz der Behörden im Internet gefährden unsere Zukunftsfähigkeit. Weiterhin treibt dieser Zustand den Zuzug in die Ballungszentren an, da nur dort die notwendige digitale Infrastruktur für Wirtschaft und Bürger in ausreichendem Maß gegeben ist. Dem Datenschutz fehlt es an praktischer Umsetzung.

10.1. Unser Wohlstand basiert auf Technologie und hochwertigen innovativen Produkten

Neuste Technologie, ausgereifte Technik und hervorragende Qualität haben den guten Ruf von „Made in Germany“ begründet. Als rohstoffarmes Land kann nur eine technologische Spitzenposition langfristig eine führende Wettbewerbsposition und damit unseren Wohlstand sichern. Dies gilt heute und noch mehr zukünftig durch die Herausforderungen von Globalisierung und demographischem Wan-

del. Die AfD will auf allen Ebenen in Schulen, Bildungs- und Forschungseinrichtungen die Fächer Mathematik, Informatik und die Natur- und Ingenieurwissenschaften massiv fördern. Die AfD möchte das gesellschaftliche Klima für eine ideologiefreie Diskussion zu neuen Technologien und deren Anwendung schaffen und eine Kultur der Technikchancen etablieren.

Wir fördern die disziplinübergreifende Forschung und Entwicklung sowie die Intensivierung der Kooperation zwischen Lehre, Forschung und Industrie inklusive Gründerzentren. Die AfD sieht folgende Themen von hoher gesellschaftlicher Relevanz als Förderungsschwerpunkte: Energietechnologie, Elektromobilität und autonome Transportsysteme, Informationstechnologie, neue Werkstoffe und Materialwissenschaften, additive Fertigungstechniken, Luft- und Raumfahrt, Mechatronik, Biotechnologie und Chemie.

10.2. Bayerisches Geld für bayerische Innovationen

Junge Technologieunternehmen sind auf Kapital angewiesen, um ihre Entwicklung voranzutreiben. Risikokapital-

geber, aktuell mehrheitlich ausländisch, sind vorrangig am Gewinn interessiert, der viel zu oft durch baldigen Verkauf der Anteile an internationale Konzerne realisiert wird. Die AfD möchte vielversprechende junge Technologieunternehmen mit ihrer Innovationskraft und ihren Arbeitsplätzen in Bayern halten und strebt einen Fonds (Querverweis Bayernfonds!) an, der Risikokapital im Austausch gegen Firmenanteile zur Verfügung stellt, aber keinen Einfluss auf Unternehmensentscheidungen ausübt.

10.3. Industrie 4.0 ist Chance, nicht Risiko

Die vierte industrielle Revolution – gekennzeichnet durch eine zunehmende Digitalisierung und Vernetzung von Produkten, Wertschöpfungsketten und Geschäftsmodellen wird gerade das Hightech-Bundesland Bayern vor große Herausforderungen stellen.

Die Durchdringung der industriellen Produktion und des Dienstleistungssektors mit intelligenten und digital vernetzten Systemen und Robotern dominiert die zukünftige Entwicklung. Umschrieben wird dies mit dem Schlagwort „Industrie 4.0“. Eine Entwicklung, die bereits begonnen hat und von der AfD positiv und chancenreich gesehen

wird. Immer mehr Tätigkeiten werden von Maschinen übernommen, und es entsteht höher qualifizierte Arbeit sowie eine Aufwertung der Arbeitswelt. Wir wollen ins Ausland verlagerte Produktion zurück nach Deutschland holen. Im Rahmen des demographischen Wandels wird mit weniger berufstätigen Menschen Wohlstand, Sozialsystem und Infrastruktur aufrechterhalten. Die AfD wird sich dafür einsetzen, dass Bayern eine Spitzenposition einnimmt. Die AfD in Bayern stellt sich der globalen Herausforderung und wird für einen sichereren Übergang zur Digitalisierung 4.0 in Bayern sorgen, um neue Jobs zu generieren und um Jobverluste zu begrenzen, um künftig den Wohlstand der bayerischen Bürgerinnen und Bürger zu sichern.

10.4. Wir haben eine Vision für Bayern 4.0

Unter dem Stichwort „Industrie 4.0“ treibt die Wirtschaft seit Jahren Automatisierung und Digitalisierung voran, die Staatsregierung ist bei der Digitalisierung der Verwaltung und dem Infrastrukturausbau jedoch nur Ankündigungs-weltmeister. Wir wollen die Nutzung aller digitalen Technologien unter Berücksichtigung des Datenschutzes vorantreiben. Wir fordern ein Landesministerium ausschließlich

für Digitalisierung mit allen relevanten Kompetenzen.

10.5. Breitbandausbau - nicht reden, sondern

Gigabit

Beim Breitbandanschluss über Glasfaser liegt Deutschland auf Platz 28 von 32 OECD-Ländern. Ein unhaltbarer Zustand, verursacht durch eine zögerliche Staatsregierung. Unsere Ziele bis 2023: alle öffentlichen Einrichtungen und mittelständische Unternehmen mit Glasfaser versorgt, Breitbandgrundversorgung für alle Bürger – auch im ländlichen Raum, weitgehende 5G-Mobilfunkversorgung in der Fläche. Wo notwendig, muss auch der Freistaat selbst in die Verantwortung gehen. Wir wollen in ausgewählten Städten (z. B. Hof, Weiden, Passau, Kempten) schnellstmöglich mit dem Ausbau eines Gigabit-Netzes beginnen. An belebten Plätzen in ganz Bayern soll kostenloses, öffentliches WLAN zum Standard werden.

10.6. E-Government - raus aus der Papierzeit

Durch zielgerichtete Digitalisierung soll in Zukunft nicht nur eine deutliche Aufwandsreduzierung bei Behördenkontakten, sondern auch Transparenz bei behördlichem Handeln erzielt werden. Wir wollen den elektronischen

Personalien ausweis zur Authentifizierung gegenüber Behörden nutzen, um alle wichtigen Verwaltungsvorgänge in den nächsten fünf Jahren online verfügbar zu machen. Die Entwicklung und Förderung einer Behörden-Software-Infrastruktur auf Basis offener Standards schafft dafür die Grundlage. Wir fordern die Verankerung des Anspruchs auf freien und einfachen digitalen Zugang zu amtlichen Informationen in der bayerischen Landesverfassung unter Beachtung des Datenschutzes.

10.7. Beim Datenschutz nicht auf andere warten - selbst machen

Ein innovatives „Bayern 4.0“ ist ohne konsequenteren Datenschutz nicht vorstellbar. Sicherheitsstandards sind durchzusetzen, um Industriespionage und Cyberangriffe auf Privatpersonen und Unternehmen zu unterbinden. Dazu müssen Leitlinien durch das Landesamt für Informationssicherheit, in Zusammenarbeit mit Universitäten und Industrie, entwickelt und praktisch implementiert werden, wie z. B. eine einfach zu handhabende End-to-End-Verschlüsselung für E-Mails. Für den bayerischen Mittelstand schaffen wir einen sicheren Datenraum, einen „Industrial Data Space“, in Bayern.

A photograph of two young children, a girl and a boy, sitting on a large hay bale. The girl, on the left, is wearing a traditional Bavarian dirndl with a blue vest over a white blouse and a pink and white checkered skirt. She has a small pink flower in her hair. The boy, on the right, is wearing a white long-sleeved shirt, brown leather breeches (lederhosen), and brown leather boots. They are both looking towards the camera with slight smiles. The background is a bright, slightly hazy sky.

KAPITEL 11

Gutes Leben in unserer Heimat Bayern

Das Ziel von gleichen Lebensverhältnissen in Stadt und Land ist nicht erfüllt.

Die Forderungen in der Bayerischen Verfassung, der zu erwartende Bevölkerungsrückgang und der große, aber sinkende Anteil der Menschen in Bayern, der noch in kleineren Gemeinden wohnt, sowie die Entwicklungsschiede zwischen den Regionen sind Ausgangspunkt unserer Forderungen zur Entwicklung der ländlichen Räume.

11.1. Gleichwertige Lebensbedingungen in ganz Bayern

Die AfD fordert gleichwertige Lebensbedingungen in ganz Bayern. Unsere Priorität ist, die Infrastruktur, Versorgung und Lebensqualität im ländlichen Raum zu verbessern.

11.1.1. Eine lebenswerte Stadt schaffen, die Heimat ist

Wir wollen im Städtebau Umgebungen mit menschlichen Dimensionen und architektonischer Harmonie schaffen, die lebenswerte Heimat sind. Wir wollen die Entwicklung von familienfreundlichen und sicheren Stadtteilzentren

mit kurzen Wegen und hoher Aufenthaltsqualität fördern. Kurzfristig ist es an der Zeit, in unseren Städten ein klares Zeichen für Kinder zu setzen: Wir wollen ein Sonderprogramm zur Errichtung von hochwertigen Spielplätzen, auch in repräsentativen Innenstadtlagen.

11.1.2. Dorfläden bei Abgaben und Bürokratie entlasten, Landgaststätten erhalten

Bäckereien und Metzgereien, Dorf- und Hofläden, insbesondere in genossenschaftlichen Modellen, wollen wir durch Entlastung bei Steuern und Abgaben sowie Abbau von Auflagen und Bürokratie unterstützen. Die in Bayern noch bestehenden kleinen Läden müssen erhalten werden, da deren Unterstützung wesentlich sinnvoller ist, als neue Strukturen aufzubauen. Sie sollen unkomplizierte Hilfen im Rahmen regionaler Nahversorgungskonzepte erhalten. Wir fordern außerdem ein Sonderprogramm zur Unterstützung von kleineren und mittleren Gaststätten in Gemeinden bis zu 6.000 Einwohnern.

11.1.3. Kindergärten und Grundschulen in den Gemeinden erhalten

Wir fordern vom Freistaat Bayern: Jede Grundschule und jeder Kindergarten soll wenn möglich erhalten bleiben, auch bei vorübergehend sinkender Kinderzahl und Landflucht. Der Jugendraum darf in keinem Dorf fehlen, selbstverständlich inklusive kostenlosem WLAN. Außerdem setzen wir uns in allen bayerischen Regionen für die Einrichtung von Jugendbussen, insbesondere am Wochenende ein.

11.1.4 Gleichrangige medizinische Versorgung - schnell erreichbar auf dem Land

Wir wollen das Ehrenamt in strukturschwachen Regionen fördern und bürgerschaftliches Engagement stärker finanziell honorieren. Das System von freiwilligen und qualifizierten Ersthelfern wollen wir unterstützen und ausbauen. Durch ein Anreizsystem zur Übernahme von Landarztpraxen und regionale Zusammenarbeit wollen wir die gleichrangige medizinische Versorgung in den ländlichen Regionen mit Allgemein- und Fachärzten sicherstellen. Über

Telemedizin wollen wir die Versorgung, auch in der Pflege, weiter verbessern. Die Schließung von Geburtsstationen in Krankenhäusern muss sofort gestoppt werden.

11.1.5. Wasser darf nicht privatisiert werden! Straßenausbaubeiträge endlich abschaffen!

Die kommunale Wasserversorgung und Abwasserentsorgung darf nicht an private Investoren veräußert werden. Bereits privatisierte Versorgungssysteme wollen wir wieder an die Kommunen zurückführen. Die überfällige Abschaffung der Straßenausbaukostensatzung bringt Rechtsfrieden, beseitigt Ungleichbehandlung und die übermäßige Belastung einzelner Bürger.

11.2. Heimat im Gleichgewicht - wir gestalten die Landwende

Der Attraktivitätsverlust und der Bevölkerungsrückgang auf dem Land kann ohne einen grundlegenden Politikwechsel nicht umgekehrt werden. Wir wollen unsere Kultur bewahren und eine demographische Wende einleiten.

Besondere Chancen dazu sehen wir im ländlichen Raum. Mit starken Gemeinden und Regionen findet unsere Heimat wieder ins Gleichgewicht.

11.2.1. Unsere Heimat ist schön - Heimat ist keine Provinz

Die Entwicklung des ländlichen Raums steht im Schatten der Entwicklung der Metropolregionen und wird von der bayerischen Politik vernachlässigt. Ländliches Leben wurde und wird zu oft als provinziell abgewertet, der Wanderrungldruck auf die Ballungszentren hält an. Das Verfassungsziel der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in Bayern wurde verfehlt. Wir setzen Prioritäten und fordern die Bündelung der Kompetenzen in einem starken Ministerium für die Landesentwicklung, ländliche Räume und die Regionen.

11.2.2. Starke Kommunen sind eigenständige Kommunen

Das grundgesetzlich verankerte Selbstverwaltungsrecht der Kommunen soll durch eine bessere Finanzausstattung

der Gemeinden wiederbelebt werden. Wir fordern eine Anhebung des Kommunalanteils am allgemeinen Steuerverbund von derzeit 12,75 Prozent auf 15 Prozent. Dies stärkt die Fähigkeit der Kommunen, eigenständige Entscheidungen zu treffen. Die starke Abhängigkeit ländlicher Gemeinden vom Förderinstrumentarium ist zu beenden.

11.2.3. Gutes Leben auf dem Land

Wir fordern eine Neuausrichtung der Städtebauförderung, Dorferneuerung und temporärer Programme auf eine dauerhafte Initiative zur Gemeindeerneuerung für Ortsteile und Gemeinden mit einer Einwohnerzahl von bis zu 6.000 Einwohnern. Die gelungene traditionelle Gestaltung von öffentlichen Räumen und Plätzen soll die regionale Identität widerspiegeln. Mit einer Struktur- und Wirtschaftsförderung wollen wir lebendige Ortskerne erhalten, eine wohnortnahe Versorgung sichern, auf den gemeindlichen Wohnungsbau fokussieren sowie Arbeitsplätze durch erhöhte Abschreibungsmöglichkeiten schaffen. Wir wollen dazu die jährlichen Landesmittel auf insgesamt 500 Mio. Euro erhöhen. Dies ist der Grundstock für die neue aktive Rolle der 19 bestehenden bayerischen Regionen als Regionalverbände.

11.2.4. Heimat ist Region - Region in Aktion

Die Entwicklung ländlicher Räume erhält einen neuen Schub durch weitgehende Dezentralisierung und Verlagerung von Zuständigkeiten und Entscheidungskompetenzen auf die regionale und lokale Ebene. Die Regionen wollen wir – als handlungsfähige Regionalverbände und Katalysatoren der Landesentwicklung – stark machen für Innovation und Wirtschaftsförderung, mehr regionale Identität und Gemeindeerneuerung, regionalen Infrastrukturausbau und Erfüllung der Grundversorgung. Kooperationen der Gemeinden werden in der Region koordiniert, unterstützt und flächendeckend etabliert. Dabei darf nicht Infrastrukturrückbau wegen Bevölkerungsrückgang das Ergebnis sein, sondern der gemeinsame Aufbau neuer kommunaler Angebote und Einrichtungen.

Wir wollen in jeder bayerischen Region einen Hochschulaußenstandort oder ein Technologietransferzentrum neu schaffen oder bestehende ausbauen und eine Neuansiedlung oder Vergrößerung einer Landesbehörde realisieren. Auch der Abschlussbericht vom 30. Januar 2018 der Enquetekommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse in

ganz Bayern“ des Bayerischen Landtags verweist auf die Potenziale der Regionalisierung in der Landesentwicklung. Die AfD will dies konsequent umsetzen.

11.2.5. Stärkung des Vereinslebens und des Brauchtums

In den letzten Jahren leidet das Vereinsleben unter immer mehr Bürokratie und Auflagen. Die Auflagen für Vereinfeste müssen deutlich reduziert werden und wieder einem gesunden Augenmaß entsprechen. Die Bürokratie für Vereine muss auf ein Minimum beschränkt werden, um den Fokus des Vereinslebens auf das gesellschaftliche Miteinander zu ermöglichen. Das Brauchtum ist deutlich zu fördern, wir setzen uns dafür ein, dass urbayerische Kartenspiele wie Watten oder Schafkopf auch als ehrenamtlich veranstaltete Turniere mit angemessenen Geld- oder Sachleistungspreisen nicht kriminalisiert werden.

11.3. Förderung der bayerischen Gastronomie

Die bayerische AfD fordert, dass die bayerische Gastro-

nomie nicht weiter von der Politik vernachlässigt wird, sondern mit bestimmten Änderungen wichtige Verbesserungen und Erleichterungen in der Führung von Gastronomiebetrieben erreicht werden.

Die Altparteien haben die Bedeutung verkannt, die sowohl den Interessen der in der Gastronomie Beschäftigten einerseits als auch der Rolle der Gastronomie für die Gesellschaft andererseits zukommt. Gerade im Tourismusland Bayern ist es besonders wichtig, sich um die Sorgen und Nöte der Wirte und Hoteliers mit ihren Mitarbeitern zu kümmern.

11.3.1. Ermäßigte Umsatzsteuer

Die bayerische AfD fordert die ermäßigte Umsatzsteuer für alle Gastronomieleistungen in Speisewirtschaften. Die Hauptbestandteile der Gastronomieleistung bestehen aus den Lebensmitteln und ihrer Weiterverarbeitung, die beide steuerbegünstigt sind. Die Dienstleistung des Servicewerks stellt demgegenüber nur einen Bruchteil dar. Mit der ermäßigten Umsatzsteuer sollten seinerzeit die ärmeren Teile der Bevölkerung beim Lebensmitteleinkauf weniger belastet werden. Dieses Ziel sollte folgerichtig auch für Gaststättenbesuche gelten.

11.3.2. Ausbildungsnachweis

Die bayerische AfD fordert für das Betreiben einer Speisewirtschaft einen einschlägigen Ausbildungsnachweis entsprechend einem Meisterbrief. Die gegenwärtige Voraussetzung von wenigen Stunden IHK-Unterricht reicht nicht aus, um die heutigen Anforderungen an Lebensmittelbewirtschaftung und Hygiene zu erfüllen, wie Kontrollen durch die Gesundheitsbehörden regelmäßig belegen. Auch die durch wenige Stunden Vorbereitung erworbene Ausbildungserignung genügt nicht, um qualifizierte Nachwuchskräfte heranzuziehen. Um dem herrschenden Fachkräftemangel zu begegnen und die Berufsbilder in der Gastronomie attraktiver zu machen, ist eine bessere Vergütung nötig, die durch die geforderte ermäßigte Umsatzsteuer ermöglicht wird.

11.3.3. Bürokratie abbauen

Die bayerische AfD fordert einen Abbau des Übermaßes an Bürokratie und eine Anpassung der zu führenden Nachweise an die besonderen Verhältnisse in gastronomischen Betrieben, in denen der Gast und nicht die Stechuhr den Ausschlag gibt.

11.4. Tourismus braucht Heimat

Wir wollen Infrastruktur und touristische Betriebe in allen ländlichen bayerischen Regionen fördern und Zusammenschlüsse zu größeren Tourismusgebieten unterstützen. Nachhaltiger und naturbasierter Tourismus beruht auf einem funktionstüchtigen ländlichen Raum mit authentischen Dörfern, intakten Landschaftsbildern und regionaler kultureller Identität. Die bayerische Regierung vernachlässigt den Tourismus. Es existiert keine handlungsfähige und koordinierende Stelle innerhalb der Staatsregierung, die die Kräfte bündelt. Wir fordern einen eigenen Tourismus-Staatssekretär und eine Zusammenfassung der Kompetenzen in einem bestehenden Ministerium.

A close-up photograph of a construction worker's hands wearing yellow and grey gloves. The worker is applying a thick, grey mortar or adhesive onto a light-colored brick wall using a metal trowel. The background shows more of the wall and some horizontal lines of mortar. The overall color palette is earthy tones.

KAPITEL 12

Bayerns Mittelstand – Rückgrat unseres Wohlstands

Die AfD Bayern ist die künftige Stimme der Selbstständigen, Freiberufler, Familienbetriebe sowie kleiner und mittlerer Unternehmen (KMU) in der bayerischen Landespolitik.

12.1. Bedeutung des Mittelstands für Bayern und Gefährdung durch überbordende Bürokratie

Freiberufler, Selbstständige, Familienbetriebe sowie kleine und mittelständische Unternehmen schaffen die meisten Arbeitsplätze und dürfen nicht länger durch horrende Bürokratie und überhöhte Lohnnebenkosten und Abgaben zugunsten eines weitgehend unnötigen Verwaltungsapparats gegängelt und benachteiligt werden. Die zum Teil tyrannische Behandlung der KMU durch den Staatsapparat und seine Bediensteten vernichtet nicht nur Unternehmen, sondern vor allem Arbeitsplätze und familiäre Existzenzen. Sie gefährdet das Fundament unserer Marktwirtschaft und mithin unseres gesamten Wohlstands.

12.2. Unser Ziel: Selbstständige, Familienbetriebe sowie kleine und mittlere Unternehmen stärken

Eines der wichtigsten politischen Ziele der AfD Bayern ist es, der bayerischen Landespolitik wieder eine Agenda zu geben, bei der das Wohl der bayerischen Bürger an erster Stelle steht. Bayern liegt nicht nur wirtschaftlich an erster Stelle Deutschlands, sondern im Herzen des gesündesten Wirtschaftsraums Europas, den D-A-CH-Staaten. Damit das so bleibt, muss der Freistaat Bayern für eine nachhaltig zukunftsfähige Gestaltung der Rahmenbedingungen für in Bayern ansässige Unternehmen sorgen. Ab der 18. Legislaturperiode des Bayerischen Landtags wird die AfD auch diesbezüglich frischen Wind ins Maximilianeum bringen. Insbesondere die bayerischen Ministerien für Finanzen, Wirtschaft, Wissenschaft und Landwirtschaft sind gefordert, wenn es um Bürokratieabbau und konstruktive Hilfestellung für bayerische Unternehmer geht.

Damit unsere Politik wieder bürgernah und von wirklich fachkompetenten Spezialisten gestaltet wird, treten für die AfD Bayern erfahrene Praktiker und nicht die üblichen, aus den Altparteien bestens bekannten opportunistischen

Trittbrettfahrer, Parteikarrieristen und auf Eigennutz bedachten Ja-Sager an, die außerhalb der Politik wenig in ihrem Leben geleistet haben.

Für das Gemeinwohl der Bevölkerung ist es allerhöchste Zeit, dass endlich Politiker mit wirklichem Expertenwissen und langjähriger Erfahrung aus echten Berufen versuchen, die Probleme unseres Landes mit gesundem Menschenverstand vorausschauend zu lösen, statt mit blindem Aktivismus Politik zu machen die nur noch versucht, verspätet zu „reagieren“ oder nur die Interessen internationaler Konzerne vertritt. Von unseren Abgeordneten erwarten wir vernunftbasierte anstelle ideologiegetriebener Politik und Weitblick statt reaktivem Rückspiegel-Aktivismus.

12.3. Auswirkungen des demographischen Wandels sowie verfehlter Bildungs- und Migrationspolitik auf bayerische Unternehmen

Trotz bestens bekannter Lage wird die Bevölkerungsentwicklung von der Politik seit Jahrzehnten ignoriert. Zusätzlich werden inzwischen mehrere Millionen leistungsferne Immigranten alimentiert, meist ohne deren tatsächlichen Migrationsgrund zu kennen oder vor der Einwanderung

ihre Qualifikation und ihre Eignung für unseren Arbeitsmarkt zu prüfen.

Um dem demographischen Wandel wirksam zu begegnen, braucht Bayern eine intelligente Bildungs- und auch Zuwanderungspolitik, die nicht auf Gleichmacherei setzt und eine faire Wirtschaftspolitik, die nicht länger auf Umverteilung setzt, sondern den Menschen Mut zu mehr Eigenverantwortung macht.

Wir treten daher insbesondere für eine intelligentere Bildungspolitik ein: Es darf weder sein, dass das Potenzial begabter Schüler nicht genutzt wird und sie in ihrer Entfaltung ausgebremst werden, da sich das Unterrichtsniveau inzwischen an Migrantenkindern ohne ausreichende Sprachkenntnisse orientiert, noch ist es sinnvoll, jeden eher manuell begabten Schüler zum Abitur zu tragen und so dafür zu sorgen, dass Handwerk, Landwirtschaft und produzierendes Gewerbe keinen qualifizierten Nachwuchs mehr finden, während Jahr für Jahr Zehntausende junger Menschen, nämlich die Besten der Besten, selbst Bayern den Rücken kehren, da sich ihnen außerhalb Deutschlands erheblich bessere Berufs- und Karrierechancen bieten.

12.4. Faire Behandlung von Kleinen gegenüber Großen

Genau wie jeder Selbstständige und Kleinunternehmer – egal ob Handwerker, Kaufmann oder Unternehmensberater – müssen auch angeblich „systemrelevante“ Banken, Konzerne und Großunternehmen den Kräften eines liberalisierten Marktes mit gleichen Rahmenbedingungen für alle unterliegen.

Die Zeit ist reif für ein neues Politikverständnis und nicht für die fortschreitende faktische Abschaffung von Mikroökonomie, Bürgerrechten und Demokratie zugunsten weniger.

Politiker müssen endlich wieder den Interessen der Bürger dienen, die ihnen bei der Wahl ihr Vertrauen geschenkt haben und die sie vertreten sollen. In Bayern sind das in erster Linie die Mitarbeiter der kleinen und mittelständischen Unternehmen und auch die Unternehmer selbst. Wenn es den kleinen und mittleren Unternehmen gut geht, geht es daher ganz Bayern gut.

12.4.1. Schlanker Staat und weniger Bürokratie sichern unsere Zukunft

Statt umsichtig zu haushalten und sinnvoll zu sparen, werfen die Finanzminister der letzten Dekaden mit dem hart erarbeiteten Steuergeld allerorten nur so um sich. Zugleich werden mit immer höheren Hürden bei der Gründung und der Führung eines Unternehmens die letzten Mutigen abgeschreckt, auch nur zu versuchen, sich als Existenzgründer selbstständig zu beweisen.

12.4.2. Willkürliche CO2-Grenzwerte zerstören Technologie und Wohlstand

Die Jahrzehnte lang erfolgreiche Entwicklungsarbeit von 1.100 Unternehmen der bayerischen Automobilindustrie mit fast 200.000 gut bezahlten Beschäftigten, die einen Umsatz von mehr als 100 Mrd. Euro p. a. erwirtschaften, wird durch die EU-CO2-Grenzwerte bedroht, da der vorgegebene Zeitrahmen in der Praxis nicht einhaltbar ist. Darüber hinaus sind von der Einführung dieser Grenzwerte die Fahrzeugflotten nahezu aller bayerischen Unternehmen betroffen und erfordern den kostenintensiven vorzeitigen

Austausch Hunderttausender Fahrzeuge. Der geforderte CO₂-Ausstoß eines Herstellers liegt ab 2020 bei 95 g/km (entspricht einem Kleinstwagen) und für jedes zusätzliche Gramm kassiert die EU 95 Euro und der Bund von nicht zum Vorsteuerabzug berechtigten Fahrzeugbetreibern obendrauf die Mehrwertsteuer. Bayerische Premiumfahrzeuge verteuern sich potenziell um mehrere Tausend Euro, was einen gewaltigen Wettbewerbsnachteil nicht nur für die Automobilhersteller selbst, sondern mittelbar für all ihre Zulieferbetriebe darstellt. Damit soll u. a. die vom deutschen Bundesrat fraktionsübergreifend beschlossene Initiative an die EU, Vorschläge zu entwickeln wie ab 2030 nur noch emissionsfreie Fahrzeuge zugelassen werden können, umgesetzt werden. Dies alles geschieht mit Zustimmung der Staatsregierung. Dagegen wird die AfD mit ihren bayerischen Abgeordneten kämpfen.

12.5. Mut zur Selbstständigkeit statt Anstachelung zu sinnfreiem Klassenkampf

Statt den Mittelstand zu fördern, rufen zahlreiche Politiker der Altparteien noch immer zu einem sinnfreien Klassenkampf gegen die Arbeitgeber der meisten Arbeitnehmer,

den Mittelstand, auf. Dabei hat Deutschland heute schon eine der niedrigsten Selbstständigenquoten der EU (Platz 24 von 28 EU-Mitgliedsstaaten, in der Eurozone Platz 17 von 19). Der Anteil der Selbstständigen ist von 32 Prozent im Jahr 1950 auf deutlich unter 10 Prozent im Jahr 2016 gesunken.

Das wirtschaftliche Rückgrat unseres Sozialstaats, ja unseres gesamten gesellschaftlichen Wohlstands wird durch die Entmutigung heutiger und künftiger potenzieller Unternehmer zerstört. Leider sieht es auch in Bayern nicht besser aus: Laut Bayerischem Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung lag die Selbstständigenquote in Bayern am Zensusstichtag 9. Mai 2011 bei 11,1 Prozent. Von den Selbstständigen in Bayern betreibt der Großteil (57,2 Prozent) sein Unternehmen allein und 42,8 Prozent der Selbstständigen beschäftigen weitere Personen.

Dass sich der Anteil der Selbstständigen seit den 1950er-Jahren um mehr als zwei Drittel verringert hat, ist der untrügliche Beweis, dass auch die bayerische Politik der letzten Jahrzehnte Selbstständigen sowie kleinen und mittleren Unternehmen systematisch den Garaus macht.

AfD Wahlprogramm Landtagswahl Bayern 2018

Steuereinnahmen und Sozialabgaben in nie zuvor gekannter Höhe genügen unserer derzeitigen Bundesregierung nicht, um ihren sich inzwischen völlig verselbständigten Staats- und Verwaltungs-Selbstbedienungsapparat zu füttern.

Diese fatale Entwicklung umzukehren, ist Voraussetzung für unseren künftigen Wohlstand.

Hier ist ganz besonders Bayern als größter Nettozahler im Länderfinanzausgleich (künftig „Finanzkraftstrukturausgleich“) gefordert.



KAPITEL 13

Verkehrssteuerung mit gesundem Menschenverstand

Die AfD spricht sich für eine vorausschauende und an den Bedürfnissen der Menschen orientierte Verkehrspolitik aus. Dabei muss sowohl den Bürgern und der Wirtschaft als auch der Verkehrssicherheit und dem Umweltschutz Rechnung getragen werden. Eine ideologisch geleitete Verkehrspolitik lehnt die AfD ab.

13.1. Lernen von den Besten - Transitverkehrslenkung auf die Schiene nach schweizerischem und österreichischem Modell

Im Schienenverkehr benötigt ein Flächenstaat mit mehreren Metropolregionen wie Bayern ein gut ausgebautes und aufeinander abgestimmtes Nah- und Fernverkehrsnetz.

Attraktive, komfortable, sichere Bahnhöfe und saubere Züge sowie Pünktlichkeit müssen wieder zur Selbstverständlichkeit werden. Die Taktung des Personenverkehrs auf der Schiene sollte sich am einfachen und zuverlässigen Modell der Schweiz orientieren, welches sich durch sein demokratisch beschlossenes Konzept „Bahn2000“ und seinen integralen Taktfahrplan auszeichnet. Insbesondere Transit-Transportleistungen im Güterverkehr werden in der Schweiz statt auf der Straße weitestgehend auf der

Schiene abgewickelt. Die Verlagerungspolitik ist in der Schweiz seit 1994 erfolgreich in der Bundesverfassung verankert. Die AfD setzt sich für eine ebensolche Verankerung, der Verlagerung des Transitverkehrs von der Straße auf die Schiene, in die Bayerische Verfassung ein.

Die Lkw-Maut muss den Transitverkehr auf die Schiene lenken. Die entsprechenden Angebote auf der Schiene müssen gemäß österreichischem und schweizerischem Modell ausgebaut werden (z. B. „Rollende Landstraße“ (RoLa), Verladung Lkw auf Schiene). Hierzu sind an den signifikanten Transitpunkten Verladestellen zu schaffen, ein Taktverkehr einzurichten und dieser mit unseren Nachbarländern zu vernetzen. Die Digitalisierung bietet hier enorme Potenziale zur Effizienzsteigerung. Die AfD möchte damit auch der zunehmenden sogenannten „Ausflaggung“ deutscher Speditionsunternehmen entgegenwirken, die heute, vornehmlich aus Osteuropa, unsere Fernstraßen und Rastplätze, unter Umgehung des hiesigen Mindestlohns, belasten und exorbitant zum Wartungsaufwand des Straßennetzes beitragen. Insbesondere die Zuläufe zum Jahrhundertprojekt Brennerbasistunnel fordern ein schon weit vor dem Brenner in Bayern beginnendes Konzept des kombinierten Verkehrs und der Verladung der Lkw auf die Schiene. Dies vor dem Hintergrund, dass

die neue Verbindung die Schienenkapazitäten auf dieser Transitroute deutlich erhöhen wird und die vorbereitende Infrastruktur in Bayern dazu sehr hinterherhinkt. Bei diesem Ausbau ist der Lärmschutz der Anwohner besonders zu berücksichtigen.

13.2. Straßennutzungsgebühren - Kosten und Ursachen müssen zueinander passen

Die Lkw-Maut muss primär nach tatsächlicher Fahrbahnbelastung durch schwere Achslasten erhoben werden und nicht länger nur nach Emissionswerten. Nur so sind die durch Lkw entstehenden Gesamtschäden an der Infrastruktur gerecht kanalisierbar und die Verteilung der Kosten auf deren Verursacher möglich. Der Sanierungsrückstand, insbesondere auf Fernstraßen, ist erheblich und bedarf des gezielten Einsatzes dieser Mittel.

13.3. Diesel ist Super

Die AfD sieht den Verbrennungsmotor und nicht zuletzt den sparsamen Dieselmotor noch für lange Zeit als dominierende Antriebstechnik auf der Straße an. Er ist hoch

entwickelt und wird weiter verbessert, sowohl in Bezug auf Effizienz als auch auf Emissionen. Die derzeitige Diskussion über NOx ist vorgeschoben und reiht sich nahtlos in den Jahrzehnte währenden Kampf grüner Ideologen gegen das Auto und insbesondere den Individualverkehr ein.

13.4. Der Elektroantrieb wird von der Politik schönge redet und schöngerechnet

Die EU ignoriert den existierenden Strommix und insbesondere die gewaltigen Mengen CO₂, die bei der Herstellung der Batterien anfallen, bei der Festlegung von null CO₂-Emission bei Elektrofahrzeugen. Reale Werte, wie in der ADAC-Studie zeigen, dass E-Autos über die Lebensdauer nicht signifikant weniger CO₂ produzieren als moderne Diesel- oder Erdgasfahrzeuge. Die AfD will diese drastische und unsachliche Benachteiligung konventioneller Antriebsarten beenden. Wir wollen die Erforschung und Entwicklung aller Antriebstechnologien. Der E-Antrieb wird in Rahmen seiner Stärken seinen Marktanteil erobern. Unideologisch und dem Markt folgend sollen z. B. Erdgas- und Elektrotankstellen bedarfsgerecht ausgebaut werden.

13.5. Autonomes Fahren - Weltmarktführer Bayern, wenn wir jetzt handeln

Autonome Fahrzeuge auf unseren Straßen werden bereits im nächsten Jahrzehnt Wirklichkeit werden. Derzeit sind die deutschen Automobilhersteller noch mit führend bei dieser Technologie. Ausländische Technologieunternehmen greifen diese Führungsrolle erheblich an. Um dieser Herausforderung zu begegnen, sollen Pilotregionen in Stadt und Land ausgewiesen werden, in welchen diese neue Technologie mit größeren Testflotten erprobt wird. Anforderungen des autonomen Fahrens sollen bei Neubau und Instandsetzung von Infrastrukturen berücksichtigt werden, um die bayerischen Straßen tauglich für die Zukunft zu machen. Insbesondere will die AfD dabei das 5G-Mobilfunknetz in Bayern fördern. Wir werden uns für einen strikten Datenschutz einsetzen damit autonome Autos der Zukunft keine Datensammelstelle werden.

13.6. Förderung der Lebensverhältnisse im ländlichen Raum

Beim Straßenverkehr möchte die AfD auf eine Förderung der Lebensverhältnisse im ländlichen Raum achten. At-

traktiver Wohnraum auf dem Land ist gekennzeichnet durch die Verbindung aus ruhiger Wohnlage und schneller Anbindung an Fernstraßen.

Die AfD setzt sich für den innerörtlichen Lärmschutz und damit für ein Sonderprogramm zur Förderung von Ortsumgehungsstraßen ein. Durch die einhergehende Verkehrsberuhigung wird gleichzeitig dem Verfall von Ortskernen entgegengewirkt.

Die seit Jahrzehnten überfällige Lückenschließung durch Untertunnelung der A73 (Franken- schnellweg) in Nürnberg ist schnellstmöglich umzusetzen. Der volkswirtschaftliche Schaden durch die täglichen kilometerlangen Verkehrsstaus an den die Autobahn beendenden Ampelanlagen ist einmalig und eines modernen Industriestaats nicht würdig.

Die AfD fordert die Vervollständigung des Münchner Autobahnringes. Der Großraum München sowie viele Pendler und Fernreisende warten auf diese seit Jahrzehnten verschleppte Investition. Wir wollen in den nächsten Jahren eine Entscheidung zum Bau, auf Basis einer großzügigen Tunnellösung.

13.7. Ganz Bayern wieder verbinden: Stadt und Land, Hand in Hand

Wir stehen für einen massiven Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV), insbesondere auf dem Land. Mit 1 Mrd. Euro zusätzlichen Mitteln in den nächsten fünf Jahren wollen wir eine faire Mittelverteilung zwischen Metropolen und Land wieder herstellen. Wir fokussieren auf die Anbindung zwischen Großstädten und ihrem Umland beim Ausbau der S- und Regionalbahnen. Wir fordern, mittelfristig 100 neue Haltestellen im Regionalbahnnetz zu schaffen und die Wiederherstellung eines dichten Busnetzes. Wir wollen die Verkehrsverbünde räumlich deutlich ausweiten und ein bayernweites einheitliches Tarifsystem umsetzen. Wir lehnen einen kostenlosen Nahverkehr in Großstädten nachdrücklich ab. Wir fördern den Ausbau der Fahrradinfrastruktur insbesondere innerstädtisch und in touristischen Regionen.

Wir starten in Testregionen eine Initiative für einen beschränkten Führerschein ab 16, wenn nur ein ungenügender ÖPNV zur Verfügung steht. Wir wollen mittelfristig die längst überfällige Vollautomatisierung der U- und S-Bahnen in Bayern voranbringen, um Taktzeiten und die Sicherheit zu verbessern. Züge ohne Fahrer sind längst Stand der Technik. In den nächsten Jahren sollen auto-

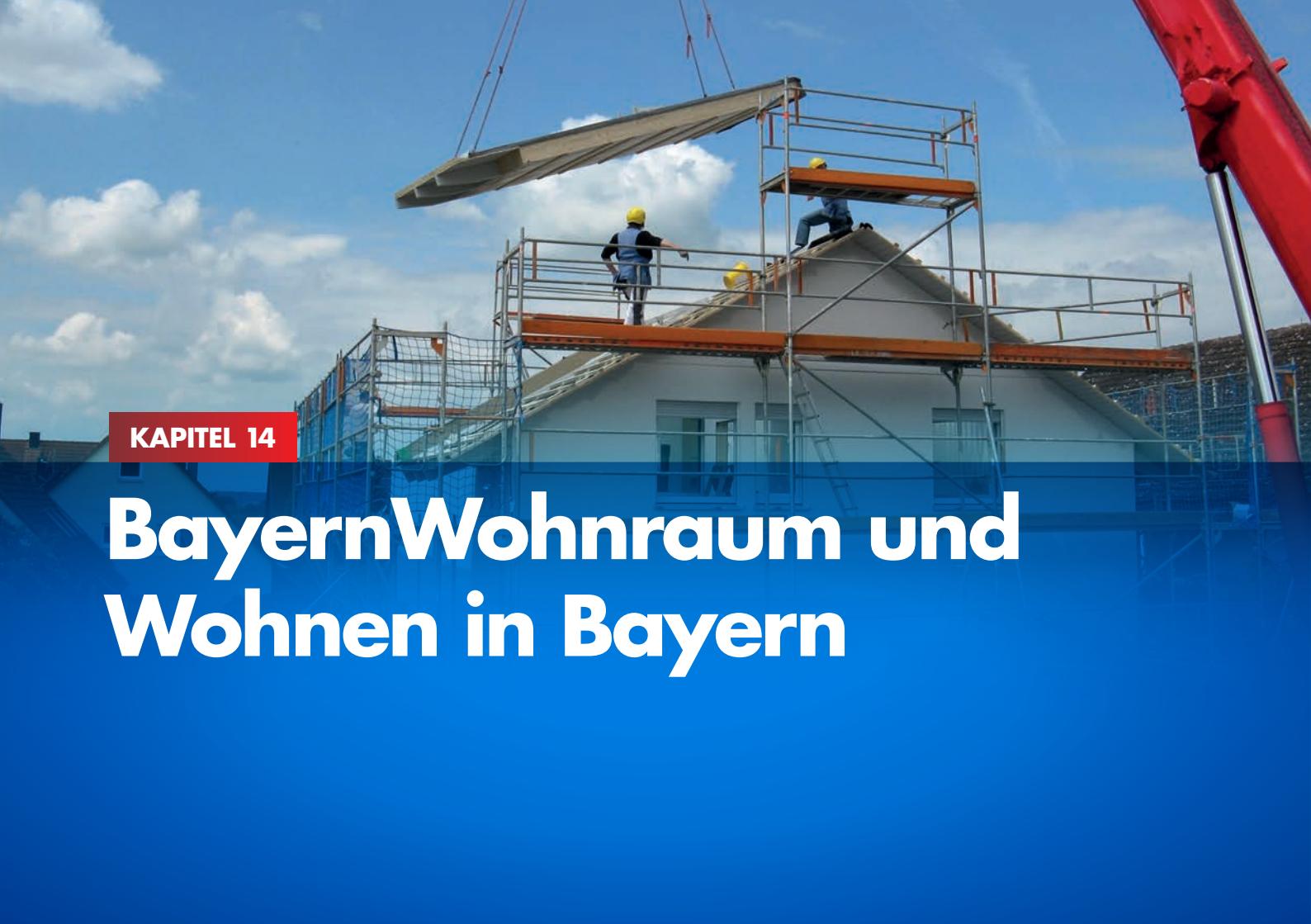
nom fahrende Linienbusse getestet und weiterentwickelt werden. Dabei soll vor allem der ländliche Raum im Fokus stehen, um zukünftig die Versorgung dort ökonomischer und dichter gestalten zu können.

13.8. Vernetzung der bayerischen Flughäfen

Die AfD setzt sich dafür ein, dass über den Bau der dritten Startbahn des Münchener Flughafens eine Volksabstimmung unter den bayerischen Bürgern durchgeführt wird.

Alternativ können die Flughäfen München und Nürnberg mit einem Schnellbahnsystem verbunden werden. Durch die Anbindung z. B. mit dem Transrapid könnte eine Verbindung mit weniger als 30 Minuten Fahrtzeit geschaffen werden. Damit wäre es möglich, den heute wenig ausgelasteten, aber infrastrukturell hoch entwickelten Flughäfen Nürnberg als eine verlagerte, bereits vorhandene dritte Startbahn für München zu nutzen. Der Bau einer dritten Startbahn am Münchener Flughafen kann so vermieden werden.

Darüber hinaus ist die bis heute nicht vorhandene Fernbahnanbindung des Münchener Flughafens eine verkehrsplanerische Fehlleistung und muss korrigiert werden.

A photograph of a construction site under a blue sky with white clouds. In the foreground, there's a large blue overlay. On the right side, a red crane arm is visible. In the center, a two-story house is being built with a metal frame. Two workers wearing yellow hard hats and blue vests are on the roof. One worker is standing on a platform lift, and another is on the roof itself. A large concrete beam is suspended by cables above the workers.

KAPITEL 14

BayernWohnraum und Wohnen in Bayern

14.1. BayernWohnraum - ein guter Weg für bayerische Bürger ins Wohneigentum

Immer mehr Menschen in Bayern stehen, trotz enormer Leistungsbereitschaft in Beruf und Alltag vor dem Problem, enorme Mieten bezahlen zu müssen und kaum eine Chance zu haben, sich Wohneigentum aneignen zu können. Dieses Problem belastet die Menschen schon während der aktiven Berufsphase und fördert Altersarmut angesichts der immer niedriger ausfallenden Renten in erheblichem Maß.

Im reichsten Bundesland Deutschlands entstand aufgrund der immer mehr steigenden Miet- und Immobilienpreise ein Kampf um bezahlbaren Wohnraum. Nicht selten führt dieser Kampf dazu, dass Menschen nur noch für ihr Dach über dem Kopf arbeiten und sich diesem Phänomen alles andere unterordnen muss.

Dazu kommt die wenig erfreuliche Perspektive, diesen Kampf im Alter zu verlieren, weil Renten fallen und Mieten steigen. Altersarmut ist oft im unbezahlbaren Wohnraum oder dem Fehlen von Wohneigentum begründet. Die AfD Bayern sieht sich daher verpflichtet, Menschen zu helfen,

den Weg in die selbst genutzte Immobilie gehen zu können. Hierfür wollen wir mit dem Projekt BayernWohnraum die Rahmenbedingungen schaffen.

Je früher Menschen in die Lage versetzt werden, sich selbst Wohnraum aneignen zu können, desto kalkulierbarer werden das weitere Leben und der spätere Ruhestand. Markteinflüsse auf Mieten und Wohneigentum spielen dann zusätzlich eine weit geringere Rolle.

Mit dem Projekt BayernWohnraum wollen wir Menschen beim Kauf einer eigengenutzten Immobilie durch massive Steuerreduzierungen über einen langen Zeitraum unterstützen. Mit dem Projekt BayernWohnraum versetzen wir Menschen auf intelligente und nachhaltige Weise in die Lage, sich eigenen Wohnraum leisten zu können. Zudem wird Altersarmut effektiv und nachhaltig vermieden.

BayernWohnraum basiert aber nicht auf einer „sozialistischen“ Umverteilungsmaßnahme: Finanziert wird der BayernWohnraum gerechterweise mit einer Steuerentlastung der bayerischen Bürger, die sonst erhebliche Schwierigkeiten hätten, sich eigenen Wohnraum aneignen zu können.

Im Einzelnen sieht das Projekt BayernWohnraum folgendes vor:

- 1.a. Wegfall der Grunderwerbsteuer für die eigengenutzte Immobilie: Ersparnis beim Immobilienkauf 3,5 % des Kaufpreises
- 1.b. Steuerliche Sonderabschreibung für die eigengenutzte Immobilie: Abschreibung der Kauf-, Bau-, Sanierungs- und Erwerbskosten zu 100 % über 20 Jahre.
 - Maximale Förderhöhe: 500.000 Euro
 - Nur für den Erstwohnsitz.

Bei einem Kauf in Verbindung mit einem Wohnsitzwechsel endet die erste Förderung und beginnt die neue Förderung, wobei die erste Förderung zeitlich angerechnet wird.

- 1.c. Eigenkapitalförderung für die eigengenutzte Immobilie: Kostenfreie Bürgschaft des Freistaats Bayern über die LB Bayern i. H. v. 100.000 Euro
- 1.d. Optimierung Förderprogramm Landesbodenkreditanstalt: Im Rahmen des Förderprogramms der Landesbodenkreditanstalt zur Eigenheimfinanzierung (Bayrisches Wohnungsbauprogramm) für den Erstwohnsitz galten bislang folgende Konditionen: Zinssatz 0,5 % fest für eine Laufzeit von 15 Jahren. Wir fordern eine Verlängerung der Laufzeit und der Zinsbindung auf bis zu 30 Jahre, damit Kreditnehmer langfristig planen können.

14.2. Günstiger Wohnraum für Familien auf dem Land - Eigentum verbindet

Die AfD will die Schaffung von Wohneigentum fördern, um insbesondere jungen Familien im ländlichen Raum eine attraktive Lebensperspektive in ihrem Heimatort oder in ihrer Heimatregion zu geben.

Wir fordern die Stärkung der kommunalen Wohnungsbaprogramme, um über die Kommunen in ganz Bayern kontinuierlich vergünstigten Wohnraum anbieten zu können und wir wollen diese Programme erweitern, um auch Wohnraum für den Eigentumserwerb von Familien anzubieten.

Flächen im Besitz der öffentlichen Hand sollen konsequent auch für genossenschaftliche Wohnungsbaprojekte genutzt werden. Bei der Wohnraumförderung bevorzugen wir innerörtliche Gebiete gegenüber Neubaugebieten.

Unser besonderes Ziel ist es, gestützt durch unser Gemeindeerneuerungsprogramm, jeder jungen einheimischen Familie aus Gemeinden bis 6.000 Einwohnern in ihrem Heimatort ein attraktives Angebot für günstigeren Wohnraum oder Baugrund zu geben.

14.3. Unser Bau-Start-Kindergeld

Wir wollen ein Bau-Start-Kindergeld als einmalige Zahlung zum selbst genutzten Wohneigentumserwerb in Bayern: 15.000 Euro für jedes in Deutschland wohnende Kind das sich noch in der ersten Ausbildung befindet. Natürlich auch für Kinder, die nach dem Bau / Kauf die Familie vergrößern.

14.4. Gerechtigkeit beim Zugang zu sozialem Wohnraum wiederherstellen

Wir fordern die Wiederherstellung der Gerechtigkeit beim Zugang zu sozialem Wohnraum. Die Verzerrung des Wohnungsmarkts durch staatliche Eingriffe bei der Asylbewerberunterbringung wollen wir stoppen. Bevorzugten Zugang sollen deutsche Familien, Alleinerziehende und getrennt lebende Eltern haben. Bevölkerungsgruppen, die bereits eine Leistung für unser Land erbracht haben und hier geboren sind, dürfen nicht benachteiligt werden. Ein angemessener Grundstock an Sozialwohnungen in den Ballungszentren muss wieder aufgebaut werden. Wir fordern zudem, dass an Bayerns Hochschul- und Univer-

sitätsstandorten ausreichend bezahlbarer Wohnraum für Studenten geschaffen wird, um den Wohnungsmarkt zu entlasten.

14.5. Bayerisches Baurecht vereinfachen, EnEV-Vorgaben reduzieren, Baukosten senken

Die Ausdehnung der Energieeinsparverordnung auf Altbauten lehnen wir ebenso wie deren energetische Zwangs-sanierung kategorisch ab. Wir fordern den sofortigen Stopp der Förderung der Gebäudevoll- und Fassadendämmung. Wir wollen die Baukosten senken, das bayerische Baurecht vereinfachen und die EnEV-Vorgaben reduzieren. Die rechtlichen Vorgaben bei Neubauten, insbesondere zur Wärmedämmung und zur Nutzung erneuerbarer Energien sind auf einen Stand mit nachgewiesenem Nutzen und auf das bauphysikalisch sinnvolle Minimum zu korrigieren. Wir wollen eine technologieoffene Entscheidungsbefugnis des Eigentümers über Art und Umfang der Investitionen zum Energiesparen.

Wir unterstützen die Erneuerung von Heizungsanlagen und gewähren insgesamt 40 Prozent Abschreibung über

die Dauer von vier Jahren. Wir befürworten alle Möglichkeiten zur Energie- und Kosteneinsparung. Dies kann beispielsweise über eine effiziente Heizungssteuerung erfolgen. Technischer Fortschritt und Selbstverantwortung führen zu einer Überprüfung des eigenen Verhaltens und zur Reduzierung des Energieverbrauchs.

14.6. Genossenschaften und Sozialgenossenschaften sind ein guter Ansatz, die sozialen Bedürfnisse der Menschen in organisierter „Hilfe zur Selbsthilfe“ zu lösen

Die Armut hat inzwischen die Mitte der Gesellschaft erreicht. Die vielen Lebensmittel-Tafeln zeugen davon. Armutslöhne, prekäre Beschäftigungsverhältnisse und Armutsrenten können die sozialen Bedürfnisse vieler Bayern nicht mehr erfüllen. Die AfD Bayern fordert zur Vermeidung der weiteren Vereelung vieler Bürger, den verstärkten Ausbau von Genossenschaften und Sozialgenossenschaften zur solidarischen „Hilfe zur Selbsthilfe“ nach der Genossenschafts-Idee von Friedrich Wilhelm Raiffeisen (1818–1888).

A photograph showing the back of a young woman with blonde hair tied back in a ponytail, wearing a light-colored quilted vest over a blue jacket. She is walking alongside an elderly man with white hair, wearing a dark blue jacket over a patterned scarf. They are walking away from the camera on a path with greenery and a building in the background.

KAPITEL 15

Sozialpolitik für Bayern mit Augenmaß

15.1. Eine veränderte Altersstruktur verlangt nach würdevollen alternativen Lebensformen - speziell im Alter

Die bayerische AfD setzt sich für würdevolles, selbstbestimmtes und gesellschaftlich sozialintegriertes Leben für alle Seniorinnen und Senioren ein. Es ist uns eine Herzensangelegenheit die Lebensleistung unserer Leistungsträger gerade im Alter zu honorieren.

Durch Betreuungsvereine, selbstständige Berufsbetreuer und ehrenamtliche Betreuer umsorgte Personen benötigen einen besseren Schutz vor fachlichen Mängeln und missbräuchlicher Nutzung der rechtlichen Betreuung.

15.2. Die BayernRente - für einen sorgenfreien Lebensabend in Bayern

Immer mehr Menschen in Bayern stehen trotz einer beachtenswerten Lebensleistung im Rentenalter vor dem Problem, von ihrem Haushaltseinkommen kein würdiges Altersdasein bestreiten zu können. Diesen Menschen muss geholfen werden. Die AfD redet nicht nur – sie handelt.

Wir setzen uns für eine spezielle BayernRente ein. Diese Zusatzrente stockt die gesetzliche Rente für alleinstehende in Bayern lebende Ruheständler auf 1.300 Euro pro Monat und für in Bayern lebende Ruheständlerpaare auf 1.700 Euro pro Monat auf. Für die Gewährung der BayernRente gelten folgende Voraussetzungen: Die Berechtigten müssen in Bayern ihren Hauptwohnsitz haben, mindestens 20 Jahre lang in Bayern steuerpflichtig gewesen sein und ihr Haushaltseinkommen darf die genannten Grenzen nicht überschreiten.

15.3. Politik für Heimatvertriebene - Politik für Erinnerung, Wahrheit und Gerechtigkeit

Die AfD Bayern fordert ein wahrheitsgemäßes Gedenken an das Schicksal der Heimatvertriebenen und eine deutliche Unterscheidung von deutschstämmigen, zwangsweise Heimatvertriebenen und illegalen Immigranten, die oft aus rein wirtschaftlichen Gründen zu uns kommen.

15.4. Ehrenamt fördern

Die AfD steht hinter den Ehrenamtlichen Bayerns und sichert ihnen eine verstärkte Förderung mit Blick auf Raum bereitstellung und finanzielle Förderung ausgewählter Projekte zu. Bei allen ehrenamtlichen Projekten, insbesondere bei Bildungsprojekten muss auf eine ideologiefreie Gestaltung geachtet werden. Dies gilt auch für in Schulen durchgeführte Projekte zur Stärkung des ehrenamtlichen Engagements.

15.5. Arbeitsmarktinitiativen und Integration

Durch vielfältige und kostenintensive Maßnahmen soll verstärkt versucht werden, die Beschäftigungssituation von Arbeitnehmern, die für die Arbeitgeber nicht die „erste Wahl“ sind, zu unterstützen.

Ursprünglich handelt es sich bei dem angesprochenen Personenkreis hauptsächlich um ältere und gesundheitlich eingeschränkte Personen. Inzwischen hat sich der Förderschwerpunkt aber auch auf diesem Gebiet in Richtung Migranten und dem ausgegebenen Ziel der „Integration durch Ausbildung und Arbeit“ verschoben.

Die AfD Bayern steht für die Vermeidung beruflicher Ausgrenzung älterer und / oder gesundheitlich beeinträchtigter Personen sowie für die Hilfestellung für Bürger, die nur unter erschwerten Bedingungen oder eingeschränkt am Arbeitsleben teilhaben können.

Die AfD unterstützt staatliche Maßnahmen, auch im sozialen Bereich, zur schnellstmöglichen Integration von legal in Bayern lebenden Immigranten.

Dagegen lehnen wir Integrationsmaßnahmen für abgelehnte Asylbewerber und für illegal eingereiste Personen, die sich bereits vorher in anderen Ländern des Schengen-Raums aufgehalten haben, ab. Legal eingereisten Kriegsflüchtlingen gewähren wir auf Zeit unseren Schutz. Dieser Personenkreis gehört aber per Definition nicht zur Gruppe der legal in Bayern lebenden Migranten.



Herausgeber / V.i.S.d.P.:

Alternative für Deutschland
Landesverband Bayern
Vorsitzender: Martin Sichert
Willy-Brandt-Platz 10
90402 Nürnberg

Telefon : 089 - 30 64 75 68
geschaeftsstelle@afdbayern.de
www.afdbayern.de

Juli 2018



Bayern. Aber sicher!

Wahlprogramm Landtagswahl Bayern 2018

